

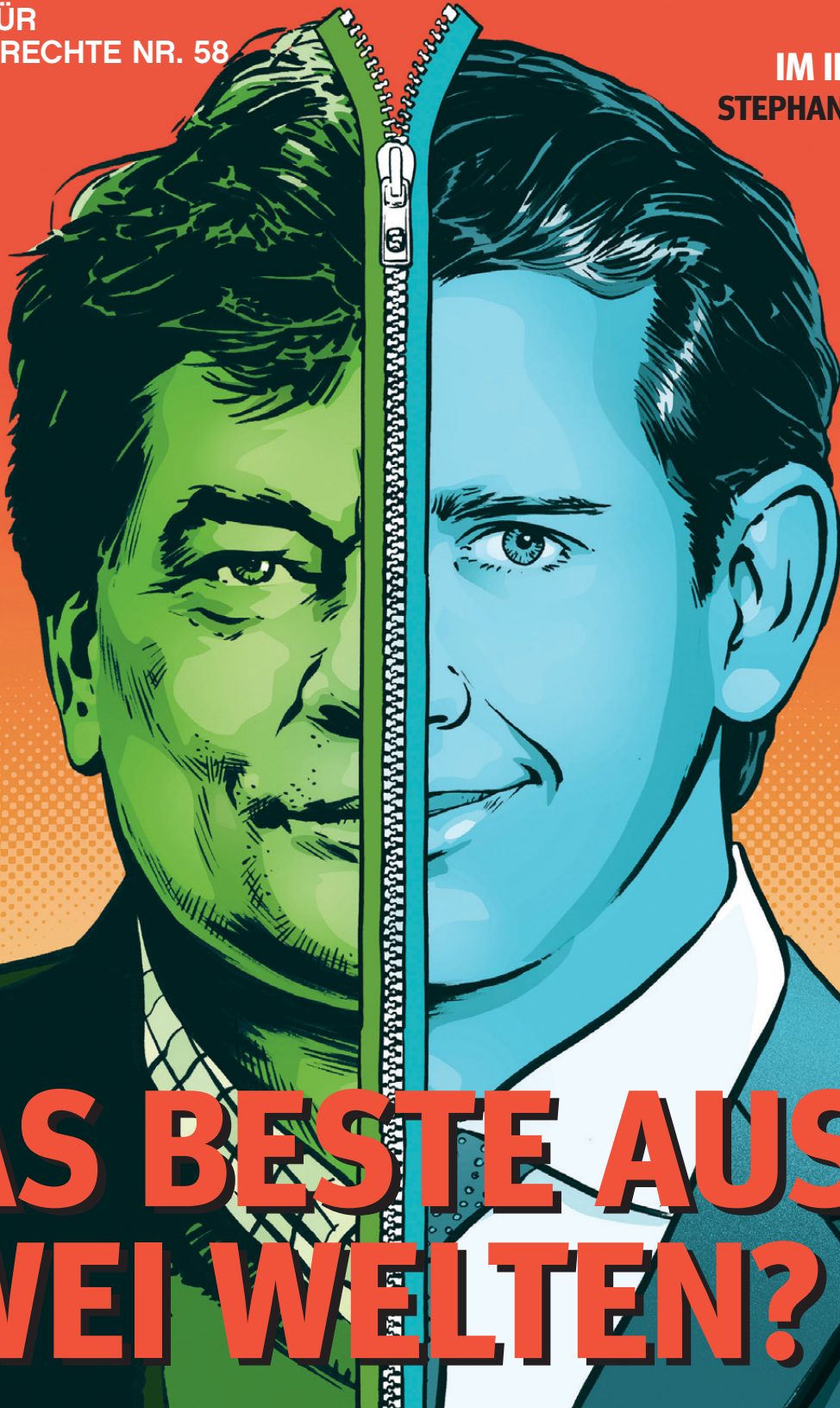
mo

MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 58

SOS
MITMENSCH

**STREITGESPRÄCH
PRO/CONTRA
KOPFTUCHVERBOT**

**IM INTERVIEW
STEPHANIE KRISPER**



DAS BESTE AUS ZWEI WELTEN?

KOPFPORTAGE DAVON 1,25 EURO
2,50€

Was MO-KolporteurInnen erleben

Illustration: P.M. Hoffmann, Text: Thyra Veyder-Malberg



JETZT SPENDEN!
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590
BIC: BAWAATWW



Illustration: P.M. Hoffmann

Kanzler Kurz' Ansage „Das Beste zweier Welten“ im Check.

Liebe Leserin Lieber Leser

Einiges des türkis-blauen Erbes „repariert“ der Verfassungsgerichtshof, etwa wenn er die Verknüpfung von Leistungen mit Sprachkenntnissen aufhebt oder die gestaffelten Höchstsätze für Kinder. Anderes sollte die neue Regierungskoalition von sich aus besser, humaner, zukunftsorientierter gestalten, etwa wenn es um die segregierten Deutschklassen geht, wie Bildungsexpertin Heidi Schrodtr kritisiert. Die Erwartungen an die Grünen sind dabei hoch, sie müssen sich die Kritik gefallen lassen, bei den Regierungsverhandlungen nicht genügend dagegehalten zu haben. Wir wollten uns in dieser Ausgabe die größten Regierungsbaustellen von der Migrations- über die Frauen- bis zur Bildungspolitik ansehen und was zu erwarten ist. Dass Lehrlinge fortan zwar ihre Lehre abschließen können, bei einem negativen Bescheid aber danach sofort abgeschoben werden sollen, lässt NEOS-Abgeordnete Stephanie Krisper im Gespräch sogar an der Wirtschaftskompetenz der ÖVP zweifeln. In einem lesenswerten Kommentar bezieht sich übrigens auch der Menschenrechtsexperte Manfred Nowak auf die Regierung, wenn er zum Thema Seenotrettung schreibt, dass es eher „Push-Faktoren“ sind, die für Flucht nach Europa verantwortlich sind und nicht „Pull-Faktoren“, wie die Regierung behauptet.

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgesell

INHALTSVERZEICHNIS



Foto: Karin Wasner



Foto: Magdalena Blaszcuk



Foto: Ben Owen-Browne, SOS Balkanroute

Einstieg

3 EDITORIAL

7 HANDLUNGSBEDARF

Die Ablehnung einer Willkommenskultur nimmt immer drastischere Züge an. *Kommentar: Alexander Pollak*

Dossier: Türkis-Grün im Check

8 „IDENTITÄT NICHT ABSOLUT SEHEN“

Das Kopftuchverbot kommt. Ein Streitgespräch zwischen der Kulturwissenschaftlerin Judith Kohlenberger und dem Soziologen Kenan Güngör.
Interview: Gunnar Landsgesell, Alexander Pollak

13 KEINE ANSÄTZE FÜR GRÖSSE

Bilanz über die ersten Wochen der türkis-grünen Regierung.
Kommentar: Barbara Blaha

14 ERST AUSBILDEN, DANN ABSCHIEBEN?

Österreich fehlen Fachkräfte, doch Lehrlinge sollen nach ihrer Ausbildung abgeschoben werden. *Text: Florian Bayer*

16 POPULISMUS VOR OPFERSCHUTZ

Trotz massiver Kritik beschlossen ÖVP und FPÖ das Gewaltschutzpaket. *Text: Brigitte Theißl*

18 AUFNAHMEPRÜFUNG DURCH DIE HINTERTÜR

Warum die Bildungspolitik eine Schubumkehr braucht.
Text: Heidi Schrodt

20 SPIELRÄUME POSITIV NUTZEN

Der VfGH kippte mehrere türkis-blaue Punkte der „Mindestsicherung Neu“. Und nun? *Text: Valentine Auer*

22 ANGSTBEWIRTSCHAFTUNG

Die Rechtshilfe wird verstaatlicht und untersteht fortan dem Innenministerium. Bleibt sie unabhängig?
Text: Magdalena Stern

Welt

25 DEMOKRATIE IST KEIN KOPFBAHNHOF

Warum viele Künstlerinnen und Künstler die Menschenrechtsarbeit von SOS Mitmensch unterstützen.

28 „DAS WAR EIN REGELRECHTER KLIMAWANDEL“

Anny Knapp, 30 Jahre lang Obfrau der Asylkoordination Österreich, geht in Pension. *Interview: Eva Maria Bachinger*

31 „DAS IST EINFACH ABSURD“

NEOS-Abgeordnete Stephanie Krisper über, Asyl und Lehre, Sicherungshaft und das fremdenfeindliche Narrativ der ÖVP.
Interview: Alexander Pollak, Gunnar Landsgesell

34 GEGEN DAS KULTURKAMPF-GEREDE

Das Volkskundemuseum lud junge MuslimInnen ein, über ihr Alltagsleben zu sprechen. *Text: Muhamed Beganovic*

36 SOS BALKANROUTE - EIN BISSCHEN FEUERLÖSCHEN

Der Wiener Rapper Kid Pex organisierte Hilfstransporte für das Horror-Flüchtlingslager Vucjak in Bosnien. Ein Bericht.
Text: Petar Rosandic

Rubriken

38 KOLUMNEN

Martin Schenk: Die Welt verlieren. / Philipp Sonderegger: Mehr Polizei. Clara Akinyosoye: Raus aus der Opferrolle.

40 NEUES AUS DER PARALLELGESELLSCHAFT

Sammeln Sie Treuepunkte? *Kolumne: Nour El-Houda Khelifi*

43 IMPRESSUM

45 SOS MITMENSCH

Jubiläums-Benefizauktion am 21. April 2020.

46 ANDERE ÜBER ...

Menschenrechtsexperte Manfred Nowak über den Teufelskreis „Seenotrettung“ und mögliche Lösungen.



Polina, Studentin

Wien ist eine Stadt, die zusammenhält.

Auch du kannst dich wie Polina gegen Ausgrenzung einsetzen – sei leiwand und informiere dich über Angebote und Services der Stadt Wien: wie die Unterstützung von Freiwilligen in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit. Dabei bekommst du wichtige rechtliche Informationen, lernst Möglichkeiten der ehrenamtlichen Tätigkeit kennen und triffst viele andere Freiwillige, um Erfahrungen auszutauschen. Für ein leiwandes Miteinander.

**Stadt
Wien**



Keine Zeit für meine Zukunft?

KLIMA VOLKSBEGEHREN

Nimm dir 5 Minuten und unterschreibe das klimavolksbegehren.at

 Gemeindeamt & Magistrat
  Handy-Signatur & Bürgerkarte

Brillen manufaktur®



SCHARENET

1070 Wien, Neubaugasse 18 | Mo-Fr 10.00–18.30 Uhr | Sa 10.00–17.00 Uhr
www.brillenmanufaktur.info | #brillenmanufaktur1

Melde rassistische Diskriminierung und Hass im Netz an ZARA: www.zara.or.at

Die Beratung ist **kostenlos** und auf Wunsch **anonym**.

Finde uns auf








ZARA
 ZIVILCOURAGE & ANTI-RASSISMUS-ARBEIT

HANDLUNGSBEDARF

Willkommen!

Die Ablehnung einer Willkommenskultur nimmt immer drastischere Züge an. Die Wiener ÖVP will jetzt sogar an Schulen eine „Verabschiedung von der Willkommenskultur“. Das ist gefährlicher Unsinn.

TEXT: ALEXANDER POLLAK

Kürzlich ließ die Wiener ÖVP in einer Aussendung damit aufhorchen, dass sie die Stadt Wien zur „Verabschiedung von der Willkommenskultur“ aufforderte. Als eine Verabschiedungsmaßnahme verlangte die ÖVP, dass in allen Schulklassen Kreuze hängen müssen. Nun ist die Forderung nach Kreuzen im Klassenzimmer nichts Neues, neu ist jedoch, dass diese Kreuze gegen Willkommenskultur gerichtet sein sollen. Ein Teil der SchülerInnen soll sich im Angesicht des Kreuzes in ihrer Klasse nicht mehr willkommen fühlen. Vor ein paar Jahren wäre eine solche Forderung von einer Partei, die sich als politische Mitte definiert, noch undenkbar gewesen. Wie konnte es so weit kommen?

Kurz warb für Willkommenskultur

Der Begriff der „Willkommenskultur“ kursiert in Österreich erst seit wenigen Jahren. In der Schweiz und in Deutschland wurde er deutlich früher eingeführt, von sozialdemokratischen PolitikerInnen. Nach Österreich geholt wurde die Willkommenskultur jedoch

von einem Politiker der ÖVP, von Sebastian Kurz. „Jeder Zuwanderer muss einen Beitrag leisten, gleichzeitig ist es die Pflicht der Aufnahmebevölkerung, eine Willkommenskultur entstehen zu lassen“, tönte Kurz im Sommer 2012 in einem Interview mit dem „Standard“. Fast zwei Jahre lang warb Kurz für mehr Willkommenskultur. Dann beschloss sein Team, dem angehenden Kanzlerkandidaten ein neues Image zu verpassen und ihn auf einer Augenhöhe mit der FPÖ zu positionieren. Dazu bemächtigte er sich einer Rhetorik der Abschottung und der Spaltung. Die Aufnahme von 90.000 Asylsuchenden im Jahr 2015 verwendete Kurz als Vehikel, um Willkommenskultur nunmehr als etwas Schädliches darzustellen, das zur „Katastrophe“, wie Kurz die Flüchtlingsaufnahme nannte, beigetragen habe.

Die Verantwortung für die Flucht nach Europa wurde nun nicht mehr an den blutigen Kriegen im Nahen Osten und der unzureichenden Versorgung in Flüchtlingslagern festgemacht, sondern an so genannten „Willkommensklat-

schern“. Mit dem Begriff werden seit 2015 Menschen verhöhnt, die Geflüchtete an Grenzübergängen und Bahnhöfen freundlich empfangen und ihnen Hilfe angeboten haben.

Der Angriff auf Willkommenskultur soll politisch mobilisieren, aber er richtet seine Zerstörungswut zugleich gegen die stärkste integrative Kraft, die es gibt: eine gelebte Kultur der Menschlichkeit, der Hilfsbereitschaft und des offenen Umgangs mit Mitmenschen – unabhängig davon, ob diese neu ins Land gekommen oder hier aufgewachsen sind.

Wenn jetzt versucht wird, die Anti-Willkommenskultur-Politik sogar in Schulen hineinzutragen, um bereits unter Kindern neue Hierarchien zu erzeugen, dann sollten die Alarmglocken läuten. Dann macht sich eine ganz andere Kultur breit, nämlich die Unkultur der Spaltung.

Um es in den Worten von Sebastian Kurz in seiner vorpopulistischen Zeit zu sagen: Österreich braucht nicht weniger Willkommenskultur, sondern viel mehr davon.



Illustration: Petja Dimitrova



„IDENTITÄT NICHT ABSOLUT SEHEN“

Ein Streitgespräch zwischen der Kulturwissenschaftlerin Judith Kohlenberger und dem Soziologen Kenan Güngör über das Kopftuchverbot für Mädchen bis 14 Jahre und die Frage, was hinter dieser Diskussion steht.

Interview: Gunnar Landsgesell, Alexander Pollak
Fotos: Karin Wasner

Die Regierung hat das Kopftuchverbot in der Schule für muslimische Mädchen bis 14 Jahre auf den Weg gebracht. Die Debatte wird seit Jahren sehr emotional geführt. Gibt es da überhaupt noch Platz für eine differenzierte Sicht?

Güngör: Ich beschäftige mich schon viele Jahre mit diesem Thema und kann es keinesfalls ambiguitätsfrei sehen. Es geht ja nicht nur um das Kopftuch, sondern darum, wie wir überhaupt mit Muslimen und dem Islam umgehen. Da gibt es viele Facetten und eigentlich bin ich nur über jene Leute überrascht, die dazu allzu einfache Positionen haben. Die machen mir Sorgen.

Kohlenberger: Ich gebe dir durchaus Recht, gerade absolute Standpunkte in die eine oder andere Richtung sind schwierig. Ich würde darüber gerne auf der Ebene der Evidenz diskutieren, muss aber dazu sagen, dass unsere Studien an der WU sich vor allem auf Geflüchtete beziehen, also neu angekommene Menschen. Was ich aber immer

wieder erlebe, ist, dass eine binäre Haltung zum Kopftuch zunehmend aufgebrochen wird. Es gibt junge Frauen, die das Kopftuch im öffentlichen Raum auf dem Weg zur Arbeit bewusst tragen, aber freiwillig an ihrer Arbeitsstelle ablegen. Weil das ein geschützter Raum ist und sie ihre professionelle Identität vor der religiösen Identität betonen

„ES GEHT NICHT NUR UM DAS KOPFTUCH, SONDERN WIE WIR ÜBERHAUPT MIT MUSLIMEN UMGEHEN.“
KENAN GÜNGÖR

wollen. Auch das gibt es. Wir würden also in dieser ganzen Identitätsdebatte davon profitieren, Identität nicht als absolut zu sehen, sondern immer auch im Kontext des Gegenübers und der eigenen Rolle.

Güngör: Das stimmt, es gibt teilweise diese Flexibilität, das ist aber ein Minderheitenprogramm. Wir sollten damit nicht das gesamte Bild erklären.

Ein ziemlich großer Teil der stark Religiösen möchte das Kopftuch als absolute Norm sehen und als Zeichen der religiösen Standhaftigkeit idealisieren. Die meisten Akteure der konservativen Muslime geben sich ja als sehr angenehm und eloquent. Sie haben zwar Missstände, wie zum Beispiel die Diskriminierung in der Mehrheitsgesellschaft, richtigerweise angeprangert, aber eine kritische Auseinandersetzung mit den Missständen in der eigenen Community haben sie vermieden und sogar massiv kalmiert.

Kohlenberger: Haben wir überhaupt das gesamte Bild? In der Debatte über die 10-14-jährigen Mädchen wissen wir eigentlich sehr wenig, was dahintersteht. Etwa, wen das Verbot trifft.

Güngör: Wir wissen zumindest, dass die Narrative, warum das Kopftuch aufgesetzt wird, pluraler geworden sind. Wenn man sich die Legitimierung des Kopftuchs in der neueren Geschichte ansieht, dann waren das

ZUR PERSON**Kenan Güngör**

Kenan Güngör ist Soziologe und Politikberater, u.a. mit Schwerpunkt auf Integrations-, Diversitäts- und Identitätsfragen. Er ist Leiter des sozialwissenschaftlichen Beratungs- und Forschungsbüros „think.difference“ in Wien.



„Ich halte es für eine politische Unkultur in Österreich, zuerst Entscheidungen zu treffen und dann die Fakten empirisch zu erheben.“

in erster Linie islamistische Bewegungen, die dafür eintraten, weltweit von Saudi Arabien bis zu den Muslimbrüdern. Auf die Frage, was ihre wichtigste Agenda ist, kam als erstes: Wir wollen die Verschleierung der Frauen. Und danach kommt die Separierung und Unsichtbarmachung der Frauen im öffentlichen Raum. Diese Bewegungen können mit den progressiven Lebensformen, über die wir sprechen, überhaupt nichts anfangen. Ich habe ein Problem damit, dass progressive Menschen, die Minderheiten schützen wollen, reaktionäre Bewegungen, Geisteshaltungen und Symbole innerhalb der Minderheiten unkritisch affirmieren.

Im Regierungsprogramm wird das Kopftuchverbot damit begründet, dass Mädchen in Österreich ohne Zwang aufwachsen und gestärkt werden sollen. Trägt ein Verbot wirklich dazu bei?

Kohlenberger: Historisch stimme ich überein, da wird Weiblichkeit als problematisch markiert, das ist kritisch zu hinterfragen. Empirisch ist die Evidenz, was ein Kopftuchverbot bringt, aber tatsächlich spärlich gesät. Ich glaube, man muss differenzieren. Man kann das Kopftuch als Verhüllungsgebot kritisch sehen, man kann aber das Verbot einer Verhüllung genauso kri-

tisch sehen. Wir müssen uns schon fragen, ob das wirklich ein probates Mittel ist, um einen Zwang, sollte er bestehen, abzuschaffen. Das sehe ich, auch in Bezug auf die verfügbaren Studien, kritisch, weil es Evidenz dafür gibt, dass gerade in patriarchaler geprägten Gesellschaften, wo ein Zwangselement dabei ist, das Kopftuch für die Frau eine Möglichkeit ist, das Einhalten der religiösen Werte zu signalisieren. Sie zeigt dadurch, dass sie sich zum Islam und zu seinen Werten, die ihre Weiblichkeit betreffen, bekennt, und das erlaubt ihr in weiterer Folge, relativ frei an Gesellschaft, Arbeitsmarkt und Bildungssystem teilzunehmen. Das Kopftuch ist

„DIE SOZIALE KONTROLLE VON MÄDCHEN WAR IMMER SCHON ANDERS ALS DIE VON JUNGS.“ K. GÜNGÖR

somit also nur das äußere Symbol für einen Zwang, der vielleicht besteht. Ist das Kopftuch aber nicht mehr erlaubt, müssen muslimische Mädchen vielleicht auf andere Weise ihre Zugehörigkeit zum Islam und die Einhaltung der Werte „beweisen.“ Die Forschung zeigt hier Substitutionseffekte, nämlich dass dann die „Überwachung“ durch die Familie tatsächlich stärker werden kann, weil das Kopftuch als sichtbares Bekenntnis wegfällt. Oder auch, dass

Mädchen sich vermehrt in eine religiöse Community zurückziehen, weil sie das Bildungssystem als feindlich ihnen gegenüber wahrnehmen und ihre religiöse Identität dort nicht ausleben können. Das Verbot würde damit paradoxerweise nicht zu mehr Integration, sondern zu mehr Segregation führen.

Güngör: Es gibt aber auch den anderen Effekt. Die soziale Kontrolle über Mädchen war immer schon anders als die von Jungs, bei denen es eine Art Richtlinienkontrolle gibt. Da schauen Eltern nicht wirklich hin. Bei Mädchen gibt es aber eine durchdringende Alltagskontrolle: Wann kommst du von der Schule nach Hause? Mit wem triffst du dich? Wie bist du heute angezogen? Diese Rollendifferenz haben wir generell, bei muslimischen, patriarchalen Gesellschaften sind sie aber viel stärker. Es stimmt, das Kopftuch ermöglicht Mädchen kleine Freiräume, auf einer Vertrauensebene, weil man ihnen durch das Kopftuch eine höhere Sittsamkeit zuspricht. Die negative Seite ist aber, dass man diesen Mädchen alle möglichen Vorgaben macht, was sie nicht tun dürfen. Ein Mädchen mit Kopftuch, das mit einem Jungen Hand in Hand auf der Straße geht, hört schnell, dass es Schande über die Muslime bringt. Das darf man nicht ausblenden.



„Man kann das Kopftuch als Verhüllungsgebote kritisch sehen, man kann aber das Verbot einer Verhüllung genauso kritisch sehen.“

ZUR PERSON

Judith Kohlenberger

Judith Kohlenberger ist Kulturwissenschaftlerin mit Schwerpunkt auf Identitäts- und Repräsentationspolitik. Sie arbeitet zu Fluchtmigration und Integration. Am Institut für Sozialpolitik der Wirtschaftsuniversität Wien leitet sie das Forschungsprojekt „Women's Integration Survey: Inclusion, Participation and Enablement of Refugee Women in Austria“, das sich den Integrationswegen geflüchteter Frauen widmet.

Besteht nicht dennoch die Gefahr, dass das Verbot kontraproduktiv ist?

Güngör: Ich finde es so zynisch, dass es die reaktionären Rechten sind, die sich jetzt als die „Emanzen“ darstellen, und behaupten, für die Freiheit der Frauen zu kämpfen, wenn es um Muslime geht. Mir geht es aber um die Ungleichheit bei Genderfragen und ich sehe das Kopftuch als eine der stärksten religiösen Markierungen, die man mit sich tragen kann. Wir sprechen ja von Mädchen im Schulalter, und aus der Entwicklungspsychologie wissen wir, dass das eine der prägendsten Phasen für Kinder ist.

Mit dem Kopftuch signalisiert man erstens jedem: ‚Ich bin sehr religiös‘ und zweitens geht das Kopftuch ganz stark mit einschränkenden religiösen und kulturellen Sittsamkeitsvorstellungen einher, vom Sportunterricht bis zum Privatleben.

Das ist wie eine Tätowierung, die man Kindern macht. Das finde ich einfach unfair. Junge Frauen können sich später selbst entscheiden, aber Kinder werden da hineingedrängt. Dabei spreche ich nicht von Zwang, sondern von Mädchen, die sagen: Ich tue das, was meine Mutter macht. Das sind die Grauzonen, von denen wir sprechen. Kinder, die ihre Eltern lieben und ihnen deshalb gefallen möchten.

Gibt es Evidenz, dass Mädchen, die in der Schule Kopftuch tragen, tatsächlich weniger Sozialkontakte haben? Es gibt viele Mythen, aber bislang keine Studie, für die mit den Mädchen selbst gesprochen wurde.

Güngör: Ich halte es für eine politische Unkultur in Österreich, zuerst Entscheidungen zu treffen und dann die Fakten empirisch zu erheben. Das ist ein Problem, weil wir nicht redlich über Themen sprechen können.

Kohlenberger: Ich finde es schade, dass im Regierungsprogramm bereits fix ist, dass das Kopftuchverbot kommt, ohne empirische Evidenz dazu. Das ist sehr

„ES IST IMMER DER WEIBLICHE KÖRPER, DER NORMIERT WIRD.“
JUDITH KOHLENBERGER

problematisch. Denn die Frage ist ja, ob in dem Moment, wo ich das Kopftuch verbiete, die dahinterstehenden Moralnormen und in manchen Fälle Zwänge tatsächlich verschwinden. Da bin ich sehr skeptisch. Vergleichbare Studien aus anderen Ländern zeigen, dass das nicht unbedingt der Fall ist. Außerdem geht es uns nicht um das Kopftuch als ein Stück Stoff, sondern wofür es steht. Um Gebote und Verbote und im Grunde ist es immer der weibliche

Körper, der normiert und reglementiert wird. Das halte ich für sehr problematisch, wenn der weibliche Körper immer wieder zur Projektionsfläche wird, wenn auf dem weiblichen Körper symbolische Kämpfe um gesellschaftliche Hierarchien ausgetragen werden. Das haben wir auch bei der immer wieder aufkeimenden Abtreibungsdebatte, wo man genauso sagen könnte, der Staat soll sich generell von der Bestimmung über den weiblichen Körper heraushalten. Das Argument wäre auch hier anzubringen, sowohl in Richtung Islamische Glaubensgemeinschaft, wie auch in Richtung Staat. Zudem haben wir in Österreich ganz konkret die Situation, dass das Kopftuchverbot sehr eng gefasst ist und sich nicht auf die Verfassung und ein darin enthaltendes Gebot der Säkularität beziehen kann wie in Frankreich. Dort ist auch die Kippa in Schulen verboten. In Österreich geht es ganz spezifisch um Mädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren, denen das Verhüllen der Haare nicht erlaubt werden soll. Das ist eine ohnehin schon von vielen Diskriminierungslinien betroffene Gruppe, die jetzt noch einmal negativ markiert wird. Damit signalisiert man den Jugendlichen, dass sie von der Gesellschaft nicht akzeptiert werden. Die Gefahr besteht, dass sie sich extremistischen Strömungen zuwenden, deren Rhetorik damit bestätigt scheint.

Güngör: Es stimmt, dass das Gesetz etwas mit den Jugendlichen macht, aber viel entscheidender ist, mit welcher Geisteshaltung wir das Thema angehen. Muslime spüren schon, ob sie aus einer gehässigen Position angegriffen werden, das so zu sehen, dafür gibt es gute Gründe in Österreich. Ich habe mit vielen Muslimen gesprochen, die ein Kopftuch für Mädchen ablehnen, die aber zugleich der Regierung misstrauen und in der Maßnahme nur die Ablehnung der Muslime bestätigt sehen. Das heißt, es kommt zu einem Re-Solidarisierungseffekt. Die politische Forderung ist von den Falschen gekommen, aber die Richtigen haben das Problem leider nie angegangen. Darin liegt eine Verlogenheit, dass die Linken und Liberalen oft die rechtskonservativsten, islamistischen Bewegungen protegiert haben. Während die Rechten in unserer Gesellschaft sich als die Emanzipiertesten gerieren, wenn es um Muslime geht. Mir kommt das so vor, als wären die Muslime für die Liberalen so etwas wie ein ethnologischer Zoo, wo man sagt, das muss man denen doch lassen. Das ist eine oberflächliche Herangehensweise. Maßstäbe dürfen nicht beliebig sein, wenn es um Grundwerte geht.

Kohlenberger: Durch die Debatte wird das Thema von beiden Seiten immer stärker politisch aufgeladen. Wir tragen auch dazu bei, dass es als mehr wahrgenommen wird als nur ein Tuch. Das Problem dabei ist, dass eine vulnerable Gruppe dadurch ganz stark in den Fokus gerät. Man kann das Problem nicht lösen, indem man einen Zwang gegen einen anderen austauscht. Ich sehe beim geplanten Verbot keinerlei begleitende Maßnahmen im Regierungsprogramm, die aber notwendig wären. Jedes pubertierende Mädchen muss viele Identitäts- und Rollenkonzepte mit sich und anderen ausverhandeln. Egal, ob muslimisch oder nicht. Bei der jetzigen Debatte kann es schon vorkommen, dass sich Mädchen zunehmend von die-



„Das Problem bei der Kopftuchdebatte ist, dass eine vulnerable Gruppe dadurch ganz stark in den Fokus gerät. Ich sehe aber keine begleitenden Maßnahmen der Regierung.“ Judith Kohlenberger

ser Gesellschaft abgestoßen fühle. Das kann mitunter gefährlichere Folgen haben, als das Kopftuch zuzulassen.

Interessant ist, dass ein Verbot dem nächsten folgt. Als das Kopftuchverbot für den Kindergarten beschlossen wurde, sprach man schon über die Ausweitung bis 14 Jahre. Jetzt wird diese Regelung beschlossen und schon redet man über die Lehrerinnen. Wird das Thema bewusst vorangetrieben?

**„MASSSTÄBE DÜRFEN NICHT BELIEBIG SEIN, WENN ES UM GRUNDWERTE GEHT.“
KENAN GÜNGÖR**

Kohlenberger: Für mich wirkt das schon so. Bei den Lehrerinnen sprechen wir ja nicht mehr von Kindern, sondern erwachsenen Frauen. Da gibt es Stimmen, die sagen, das käme einem Berufsverbot gleich. Erneut steht eine ganz bestimmte Gruppe im Vordergrund, wir diskutieren ja nicht wirklich darüber, ob die Schule ein säkularer Raum sein soll, sondern wir reden immer von einer ganz bestimmten Religionsgemeinschaft, und nur von dieser. Aus juristischer Sicht wird es sicherlich interessant sein, ob so ein Verbot für Lehrerinnen umsetzbar ist.

Gymnasiallehrerinnen sind ja nicht unterdrückt, sie haben studiert und somit schon rein ökonomisch eine gewisse Selbstständigkeit und Unabhängigkeit erlangt. Das kann man ihnen ja nicht einfach absprechen. So eine Regelung würde heißen, dass sich Frauen zwischen ihrer religiösen und beruflichen Identität entscheiden müssen. Das ist mit dem Grundsatz der Religionsfreiheit nicht vereinbar.

Güngör: Naja, wir sprechen ja nicht zufällig über Muslime, da gibt es teilweise wirklich eine Fülle von Problemen. Man verbindet mit dem Islam keine progressive Community, da gibt es viele reaktionäre Gesellschaftsbilder. Vielleicht ist das eine Kränkung der Verfechter von Diversität, die darin eine andauernde Weiterentwicklung von Freiheitsräumen und Prosperität sehen. Die werden jetzt von der reaktionären Diversität schmerzhaft wachgeküsst: Wenn jemand einen autoritären Erziehungsstil vertritt, oder wenn es starke anti-westliche Ressentiments gibt, muss man das ansprechen. Diese Auseinandersetzung müssen wir ernsthaft und fair führen. Insofern ist die Debatte über das Kopftuch auch zu kurz gegriffen. Man muss schauen, was dahintersteht.

KAUM BEWEGUNG

Großes lässt sich von dieser Regierung nicht erwarten: dazu müsste die Kanzlerpartei ihre Freund-Feind-Schemata verlassen.

Kommentar: Barbara Blaha

Anfang Jänner sind im Momentum Institut die Computer heiß gelaufen: wir haben uns detailliert angesehen, welche Ministerien wie viel Geld, Personal und Einfluss haben, wie die Ressortverteilung zwischen den Koalitionsparteien aussieht, wer sich bei den Kernpunkten der Wahlprogramme durchgesetzt hat und was das Regierungsprogramm für das Klima und die soziale Gerechtigkeit hergibt. Das Ergebnis: Während die Ressortverteilung das türkis-grüne Machtverhältnis gut wiedergibt, sieht es inhaltlich schon anders aus. Die Erfolge in der Klimapolitik sind teuer erkauft, unter anderem mit dem Verzicht auf jeden sozialpolitischen Fortschritt. Eine neue Grundsicherung findet sich im Programm ebenso wenig wie (die geforderten) gesetzlichen Höchstmieten oder der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz.

Die grüne Handschrift bei der Klimapolitik trägt dabei die Hypothek, dass die meisten der ausformulierten Maßnahmen eher vage bleiben: wie viel soll die ökologische Steuerreform umverteilen? Wie hoch wird der CO₂-Preis sein? Werden wir, im Land mit dem drittdichtesten Autobahnnetz der EU, weiterhin Milliarden in neue Schnellstraßen investieren? Tatsächlich sind die Ökologisierung des Steuersystems, aber auch Investitionen wie mehr Kinderbetreuungsplätze oder der Öffi-Ausbau nur Absichtserklärungen. Was passiert, wenn sich die Konjunktur, wie abzusehen eintrübt? Dann hat man sich mit dem Wunsch nach ei-

nem Nulldefizit selbst die Möglichkeiten aus der Hand genommen, zu agieren.

Was macht die Regierung dagegen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer wieder aufgeht? Leider sehr wenig. Die Steuern auf Vermögen und Gewinne bleiben niedrig oder werden, wie die Körperschaftsteuer und Teile der KEST, sogar noch gesenkt. Dabei liegen in anderen OECD-Ländern die Vermögenssteuern im Durchschnitt mehr als dreimal so hoch, im zweifellos nicht sozialistischen England siebenmal so hoch wie bei uns. An dieser Schiefelage wird sich in den nächsten fünf Jahren nichts ändern.

Eine Koalition muss nicht aus inhaltlich übereinstimmenden Parteien bestehen. Aber in weiten Bereichen stellt sich schon die Frage, inwiefern gemeinsame Punkte gefunden werden können und wo die ÖVP einfach weiter unwidersprochen herrscht: so hat sich Österreich auf internationaler Ebene gegen eine Seenotrettungs-Mission im Mittelmeer und für ein möglichst niedriges EU-Budget ausgesprochen. Schließlich wollen wir „unser“ hart verdientes Geld nicht „denen“ in Brüssel schicken.

Die Absenz der FPÖ zeigt aber auch, dass das rechtspopulistische Narrativ, wir in unserem kleinen Österreich seien ja wunderbar, aber alles Schlechte komme von außen, in der Kommunikation der ÖVP tief verankert wurde. Antisemitismus? Von außen importiert! Das Patriarchat? Ein Problem junger migrantischer Männer. Schmutzige Wahlkämpfe? Silberstein-Methoden aus dem Ausland!

Wo der Feind nicht im Außen liegt, wird er im Inneren herbeifantasiert. Während der Finanzminister zu jenen 1,3 Milliarden Euro schweigt, die uns jedes Jahr durch Steuertricks von Konzernen verloren gehen, wird der rhetorische Knüppel gegen Arbeitslose geschwungen. Die 420.000 Arbeitslosen mögen sich nämlich entschiedener um die 70.000 offenen Stellen streiten. Die Betonung von Selbstverständlichkeiten wie jener, dass das Arbeitslosengeld nur arbeitswilligen Personen gezahlt wird, dient dann noch extra dazu, eine Gruppe von Menschen zu stigmatisieren. Politisch tut man hingegen nichts gegen Arbeitslosigkeit.

Auch die Attacken gegen die Justiz lassen uns ratlos zurück: in welchem Land ist es normal, dass der Bundeskanzler sich öffentlich über jene Staatsanwaltschaft erregt, die genau dafür da ist, politische Korruption zu bekämpfen? Verschwörungstheorien über politische Netzwerke verbreitet? Und überhaupt werde ja nur gegen die eigenen Parteigänger ermittelt, aber nie gegen die anderen. Wo ist es normal, dass der Kanzler die Justizministerin und Staatsanwälte zum Rapport zu sich ins Kanzleramt bestellt? Nein, Großes lässt sich von dieser Regierung – nach der Performance der letzten Wochen zu schließen – nicht erwarten: dazu müsste gerade die Kanzlerpartei aus ihren Freund-Feind-Schemata ausbrechen. Und das ist nicht zu erwarten.

Barbara Blaha leitet das Momentum Institut und den Momentum Kongress.

ERST AUSBILDEN, DANN ABSCHIEBEN?

Asylsuchende dürfen ihre Lehre abschließen, bei negativem Bescheid danach abgeschoben werden. Gibt es eine Lösung?

Text: Florian Bayer

Es ist paradox: Österreich fehlen Fachkräfte, laut aktuellen Schätzungen bis zu 160.000. Insbesondere der Pflegebereich braucht zehntausende neue MitarbeiterInnen. Gleichzeitig gibt es Tausende Asylsuchende, die gern arbeiten würden, aber nicht dürfen. Dank einer Neuregelung im Fremdenpolizeigesetz von Ende 2019 können nun 700 Jugendliche ihre bereits begonnene Lehre beenden. Es werden aber keine neuen Lehrlinge im Asylverfahren mehr nachkommen. „Heute ist es für einen Asylwerber nicht mehr möglich, eine Lehre zu beginnen, und das ist gut so“, sagte der damalige ÖVP-Generalsekretär und nunmehrige Innenminister Karl Nehammer Mitte Dezember im Parlament. Es sei ein Fehler gewesen, die Lehre überhaupt für Asylsuchende zu öffnen. „Wenn ein höchstgerichtlicher Bescheid da ist, dass abgeschoben werden muss, dann muss abgeschoben werden, um dem Gesetz genüge zu tun“, so Nehammer unter dem Beifall von ÖVP und FPÖ. Auch unter Türkis-Grün dürfte sich nicht viel ändern. Im Regierungsprogramm heißt es im Abschnitt „Migration und Asyl“, dass diese Themen „sauber getrennt“ werden sollen. Der Hauptteil des Kapitels ist der „Förderung qualifizierter Zuwanderung“,



Die Wirtschaftskammer Österreich plädiert für ein Ende der banalen Logik „Fremder ist gleich Asylwerber.“ Die WKO meint: „Es gibt viele Zugründe, das sollte berücksichtigt werden.“

der „Bekämpfung von Schlepperei“ und „sicheren Grenzen“ gewidmet. Asylverfahren sollen immerhin beschleunigt werden. Auch von Qualitätskontrolle und -sicherung ist die Rede.

**„AUCH MEINE KOLLEGEN
VERSTEHEN NICHT, WARUM
ICH JETZT GEHEN MUSS.“
ARIAN, 19 JAHRE**

Den Tausenden Berufsanfängern mit negativem Asylbescheid – neben Lehrlingen auch Studierende, SchülerInnen und Pflegefachkräfte – hilft das nicht mehr. Sobald sie ihre Ausbildung beendet haben, droht die Ab-

schiebung. So auch Arian (Name geändert, Anm.), gebürtiger Afghane, der 2016 eine Lehre als Elektriker begann. 2018 erhielt er einen negativen Asylbescheid, im Herbst 2019 auch in zweiter Instanz – noch vor Inkrafttreten des Abschiebestopps. Nun droht Arian die Abschiebung. „Ich fühle mich unsicher, weiß nicht wie es weitergeht. Nach Afghanistan kann ich nicht zurück, auch meine Kollegen verstehen nicht, warum ich jetzt gehen muss“, sagt der 19-Jährige frustriert. „Es ist absurd, dass man Leute ausbildet, um sie dann abzuschieben. Obwohl man sie brauchen würde“, sagt Ekber Gercek, Abteilungsleiter der

AsylwerberInnen-Betreuung der Volkshilfe Oberösterreich. Aus seiner täglichen Arbeit weiß er, dass die Lehrlinge nach Jahren im Betrieb bestens integriert und motiviert sind, sich eine Zukunft aufzubauen. Gercek begrüßt zwar, dass Lehrlinge ihre Ausbildung nun zumindest beenden dürfen, plädiert aber für das deutsche Modell „3plus2“, wonach die Leute nach ihrer Ausbildung noch zwei Jahre im Land bleiben und in ihrem Beruf arbeiten dürfen.

Vorbild Deutschland

Zum aktuellen Abschiebestopp hat maßgeblich Rudi Anschobers Initiative „Ausbildung statt Abschiebung“ beigetragen. Mehr als 80.000 Menschen, 135 Gemeinden und 2.000 Betriebe unterzeichneten sie. Eine der Forderungen war die 3plus2-Lösung. „Ich habe mich selbst überzeugt, dass diese Regelung für Tausende Lehrlinge in Deutschland bestens funktioniert“, sagt Anschober, bis vor kurzem Integrationslandesrat in Oberösterreich und nun Sozialminister, im Gespräch mit MO. Zwar ist sein Ministerium nicht für das Thema zuständig, er werde sich aber auch weiterhin dafür einsetzen, allen voran für eine neuerliche Öffnung der Lehre für Asylwerber.

Eine solche wäre auch rechtlich geboten, denn eine EU-Richtlinie von 2015 schreibt vor, dass spätestens neun Monate nach Asylantrag Zugang zum Arbeitsmarkt bestehen muss. Österreich erfüllt diese Richtlinie bislang nicht, denn ein älterer Erlass des Arbeitsministeriums verbietet Drittstaatsangehörigen den Zugang zum Arbeitsmarkt. Eine Ausnahme für bestimmte Berufsgruppen ist nur möglich, wenn die AMS-Regionalbeiräte zustimmen. Das Arbeitsmarktservice verweigert diese aber gemäß der ministeriellen Weisung. Darauf angesprochen, verwies man im AMS an das Arbeitsministerium, aber auch dort blieb eine Anfrage unbeantwortet.



„3plus2-Lösung in Deutschland funktioniert bestens.“ Sozialminister Rudi Anschober

Grundsatzentscheid erwartet

Die Karten könnten indes durch mehrere Urteile des Bundesverwaltungsgerichts neu gemischt werden. Dort wurde jugendlichen Asylwerbern in mittlerweile fünf Fällen sehr wohl erlaubt, eine Lehre zu beginnen. Da das AMS in mindestens einem Fall Revision eingelegt hat, geht der Fall nun an den Verwaltungsgerichtshof. Angesichts der auch für Österreich verbindlichen EU-Richtlinie ist Anschober jedoch zuversichtlich, dass es spätestens Mitte des Jahres einen Grundsatzentscheid geben wird, „und zwar für einen Zugang zum Arbeitsmarkt“. Der wäre längst überfällig, sagt auch

„DER HARTE DISKURS DER TÜRKISEN IST FÜR MICH UNVERSTÄNDLICH.“ SEPP SCHELLHORN

Judith Kohlenberger, Kulturwissenschaftlerin an der WU Wien. „Nichtbeschäftigung wirkt stark desintegrierend und hat einen negativen Effekt auf die körperliche und seelische Gesundheit. Viele Geflüchtete bringen Qualifikationen aus ihrem Heimatland mit. Doch wir alle wissen: Wenn unsere Fertigkeiten nicht sinnstiftend eingesetzt werden, lassen sie nach.“ Neben der Umsetzung der 3plus2-Regelung – „das wäre das Mindeste“ – plädiert Kohlenberger für die Schaffung einer zusätzlichen Aufenthaltsschiene für Menschen mit abgelehntem Asylantrag, etwa einer Erweiterung der Rot-Weiß-Rot-Karte. Diese könne man



„Es ist absurd, Leute auszubilden, um sie dann abzuschieben.“ Ekber Gercek, Volkshilfe OÖ

an eng definierte Bedingungen knüpfen, etwa einer fixen Arbeitszusage in dezidierten Mangelberufen. Mit einer solchen Abkehr von der strikten Trennung von Asyl und (Arbeits-)Migration käme man auch der Realität näher: „Migrations- und Fluchtgründe gehen ineinander über. Bei vielen Menschen, die etwa aus Afrika kommen, vermischen sich freiwillige und unfreiwillige Gründe. Diese Realität rechtlich besser abzubilden, wäre sinnvoll“, so Kohlenberger.

Ganz ähnlich argumentiert auch Sepp Schellhorn, stellvertretender NEOS-Vorsitzender, der auch in seinen eigenen Betrieben Lehrlinge im Asylverfahren beschäftigt. „Aktuell bestimmen die Türken den harten Diskurs, der für mich unverständlich ist“, sagt Schellhorn. Er fordert „zumindest“ das 3plus2-Modell, mit dem Asylsuchende auch nach Lehrabschluss bleiben können. „Und zwar zuallerst aus Menschlichkeit, dann im Sinne der Integration und erst an letzter Stelle, um den Fachkräftemangel abzumildern.“ Auch die Wirtschaftskammer Österreich sieht das so: „Grundsätzlich ist es absurd, dass Wirtschaftstreibende Geld und Zeit in die Ausbildung dringend benötigter Fachkräfte investieren, die verloren gehen, wenn wir die Betroffenen in der Ausbildung abschieben.“ Für eine Lösung des Fachkräftemangels müsse man aus der banalen Logik „Fremder ist gleich Asylwerber“ herauskommen, so die WKO: „Es gibt viele Zuzugsgründe, das sollte berücksichtigt werden.“

POPULISMUS VOR OPFERSCHUTZ

Trotz scharfer Kritik von ExpertInnen wurde unter Türkis-Blau das Gewaltschutzpaket beschlossen. Der Opferschutz für Frauen ist dabei in den Hintergrund gerückt. Ist ein Kurswechsel zu erwarten?

Text: *Brigitte Theißl*

Auch wenn die türkis-blaue Regierung sich nur eineinhalb Jahre im Amt halten konnte, brachte sie mit ihrem „Speed kills“-Kurs einige umfassende Reformen auf den Weg. So auch beim Gewaltschutz. Ende September, als die rechtspopulistische Koalition längst an der Ibiza-Affäre zerbrochen war, beschlossen ÖVP und FPÖ in der letzten Sitzung des Nationalrats ein höchst umstrittenes Gewaltschutzpaket, das unter anderem eine Straferhöhung bei Ge-

DER EUROPARAT KRITISIERT DIE NIEDRIGEN VERURTEILUNGSRATEN BEI GEWALT GEGEN FRAUEN.

walt- und Sexualdelikten und eine ausgeweitete Anzeigepflicht beim Verdacht auf Vergewaltigung beinhaltet. Trotz unzähliger kritischer Stellungnahmen von Opferschutzinitiativen, StaatsanwältInnen und RichterInnen setzten ÖVP und FPÖ kurz vor der Neuwahl auf Härte statt Vernunft.

Ausgangspunkt für das Gewaltschutzpaket war eine Serie an Frauenmorden, der sich Türkis-Blau schon kurz nach ihrer Angelobung zu stellen hat-



Breite gesellschaftliche Auseinandersetzung über patriarchale Strukturen wäre wichtig.

te. Die von VP-Staatssekretärin Karoline Edtstadler einberufene „Task Force Strafrecht“ präsentierte schließlich ein Paket, das eine Novellierung von insgesamt 25 Gesetzen beinhaltet. „Null Toleranz gegenüber Tätern“, so der Slogan für die geplante Straferhöhung.

Maria Rösslhuber, Geschäftsführerin des Vereins Autonome Österreichische Frauenhäuser, zählt zu den zahlreichen KritikerInnen des Gewaltschutzpakets. Zwar gebe es einzelne positive Punkte die Berücksichtigung des Kinderschutzes oder die Möglichkeit für Gewaltopfer, die Sozialversicherungsnummer zu ändern, insgesamt sei das Gesetzespaket jedoch schlecht durchdacht. „Man hat hier viel zu wenig beachtet, was etwa bei der Anzeigepflicht die möglichen Auswirkungen für Betroffene sind, der Opferschutz ist in den Hintergrund gerückt. Zugleich ist die Erhöhung des Strafrahmens als reiner Populismus zu werten“, sagt Rösslhuber. Dass höhere Strafen insbesondere bei Sexualdelikten keine abschreckende Wirkung zeigen, kritisierten zahlreiche StrafrechtsexpertInnen. „Und auch schon jetzt wird der Strafrahmen bei diesen Delikten keineswegs ausgeschöpft“, so Rösslhuber. Schon 2017 kritisierte der GREVIO-Bericht (Group of Experts on Action against Violence against Women and Domestic Violence) des Europarates die niedrige Verurteilungsraten bei häuslicher Gewalt und anderen Formen von Gewalt gegen Frauen.

Erweiterte Anzeigepflicht problematisch

Die umstrittene erweiterte Anzeigepflicht bei Verdacht auf Vergewaltigung, die für alle Gesundheitsberufe gilt, will die türkis-grüne Regierung nun noch einmal unter die Lupe nehmen. So ist im Regierungsprogramm von einer „Präzisierung der Kriterien im Zusammenhang mit der Anzeigepflicht“ die Rede. Was das konkret bedeutet, bleibt jedoch offen – Rösslhuber zeigt sich skeptisch. „Wir müssen uns auf jeden Fall noch einmal zusammensetzen, die Entscheidungsmacht muss unbedingt den betroffenen Frauen zurückgegeben werden“, sagt die Gewaltschutzexpertin.

Was nach erlebter sexueller Gewalt passiert, die per se einen Kontrollverlust für die Betroffenen darstellt, sei von enormer Bedeutung, betonen Opferschutzinitiativen. Eine Strafanzeige und ein mögliches Verfahren können enormen psychischen Stress bedeuten, Betroffene bräuchten nicht nur umfassende Beratung, sondern auch Entscheidungsmacht. Mit der erweiterten Anzeigepflicht wird ihnen diese aber genommen, da unter anderem ÄrztInnen dazu verpflichtet sind, Anzeige zu erstatten. Das könnte Betroffene auch davon abhalten, medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen, befürchten Gewaltschutz-ExpertInnen.

Mit ihren Forderungen nach umfassenden Investitionen in den Gewaltschutz, in Präventionsarbeit ebenso wie Täterarbeit und Opferschutz fanden Frauenorganisationen bisher wenig Gehör. 210 Millionen Euro fordert die „Allianz gewaltfrei Leben“, um die notwendigen Maßnahmen auf Schiene zu bringen. Zwar ist eine „substanzielle Aufstockung des Frauenbudgets vor allem für den Gewaltschutz“ im türkis-grünen Regierungsprogramm verankert,



M. Rösslhuber: sieht Fortschritte bei einzelnen Medien, wo sensibler berichtet wird.

Zahlen wurden bisher jedoch keine genannt. Auch wohin das zusätzliche Budget fließen soll, ist unklar. Nachdem Neo-Frauenministerin Susanne Raab und Sebastian Kurz sich so gleich auf vermeintlich zugewanderte

DIE FORDERUNG NACH INVESTITIONEN IN PRÄVENTIONSARBEIT FAND BISLANG WENIG GEHÖR.

„patriarchal geprägte Kulturen“ eingeschworen, erscheint eine Abkehr vom Law-and-Order-Kurs der Vorgängerregierung bisher unwahrscheinlich. Anfang Februar verzeichnete die Statistik indes bereits vier Frauenmorde

Spot: Ein gewalttätiger Mann fordert dazu auf, es ihm nicht gleichzutun, sondern Hilfe zu suchen.



in Österreich, in drei Fällen war der Täter ein Bekannter oder der (Ex-)Partner des Opfers. Immer noch berichten Medien von „Familientragödien“, wenn Männer ihre (Ex-)Partnerinnen ermorden, statt patriarchale Strukturen und männliches Besitzdenken klar zu benennen. Maria Rösslhuber sieht dennoch positive Entwicklungen. „Man kann diesen Befund zwar nicht verallgemeinern, aber in einzelnen Medien wird zunehmend sensibler berichtet, und auch wir als Expertinnen werden öfter um unsere Einschätzung gebeten“, so Rösslhuber. In der breiten gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Männergewalt sieht Rösslhuber einen wichtigen Ansatzpunkt. Gemeinsam mit Beratungsstellen startete der Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser vor Kurzem die Kampagne „Sei nicht so wie ich, hol dir Hilfe“, die sich an potenzielle Täter richtet. Da Gewalt an Frauen ein Männerproblem sei, müsse es auch von Männern gelöst werden, so der Tenor der Kampagne. Im dazugehörigen Spot, der in verschiedenen Sprachen veröffentlicht wurde, fordert ein gewalttätiger Mann dazu auf, es ihm nicht gleich zu tun, sondern sich Hilfe zu holen. „Diese Männergewalt an Frauen muss noch viel stärker thematisiert werden, um wirklich eine gesellschaftliche Veränderung anzustoßen“, sagt Rösslhuber. Aber auch Frauen müssten mithilfe von Kampagnen über Hilfsangebote wie Beratungsstellen und Frauenhäuser informiert werden. Die Nummer der Frauenhelpline, die unter 0800/222555 rund um die Uhr erreichbar ist, solle täglich in den Medien aufscheinen, wünscht sich Rösslhuber. Gewaltschutz brauche umfassende Maßnahmen und ein entsprechendes Budget – Gewaltschutzexpertinnen werden nicht müde, diesen Appell an die Regierung zu richten.

AUFNAHME- PRÜFUNG DURCH DIE HINTERTÜR

Der größte Sündenfall im türkis-grünen Regierungsprogramm ist die Verschärfung der Zugangsbedingungen zur AHS. Wie geht es in der Bildungspolitik weiter?

Text: Heidi Schrodt

Vermutlich ist es vielen gar nicht aufgefallen, aber Bildung war im vergangenen Wahlkampf kaum oder gar kein Thema – von den NEOS einmal abgesehen. Das hat Tradition in Österreich. Unter der ersten Kanzlerschaft von Sebastian Kurz war Bildung plötzlich in aller Munde. Allerdings führten die „Neuerungen“ zurück in die Schule der 1950er-Jahre. Allen wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Trotz wurden wieder Ziffernoten in der Volksschule verpflichtend eingeführt, auch das Sitzenbleiben in der zweiten Klasse gibt es nun wieder – auch da hat sich bis jetzt niemand, aber auch wirklich niemand gefunden, der das aus Sicht der Forschung befürworten würde. Aber die Forschung soll sich ohnehin nicht überall einmischen, ließ der für die Forschung zuständige Minister diese kürzlich wissen. Dass – ebenfalls unter Missachtung jeglicher Forschungserkenntnisse – segregierende Deutschklassen eingeführt wurden, passt ins Bild der wissenschaftsresistenten Politik von Türkis-Blau. Zugegeben, das Migrationsthema war und

ist im Kontext Schule über viele Jahre schändlich vernachlässigt worden, und die Folgen können nicht mehr übersehen werden. Ein Gesamtplan ist weit und breit nicht in Sicht. Die Maßnahmen, die man in den vergangenen zwei Jahren in diesem Bereich gesetzt hat, werden die Probleme weiter verstärken. So weit, so schlecht. Nun aber haben wir seit zwei Monaten die Grünen an der Regierung. Sie sind Befürworter ei-

**EIN GESAMTPLAN
IST WEIT UND BREIT
NICHT IN SICHT.**

ner gemeinsamen Schule und in Vorarlberg war zuletzt eine Modellregion dazu zum Greifen nahe. Die Grünen haben sich immer für eine sozial gerechte Schule ausgesprochen und befürworteten das Modell einer gerechten Ressourcenzuteilung an Schulen nach Kriterien des Sozialindex. Sie unterstützten fortschrittliche Unterrichtsmodelle wie Mehrstufenklassen und alternative Formen der Leistungsbeurteilung. Sie waren nicht nur für

eine Aufwertung der Elementarpädagogik, sondern mit Nachdruck auch für eine durchgehende Ausbildung auf tertiärer Ebene. All das machte Hoffnung, doch eine grüne Handschrift sucht man im Regierungsprogramm vergeblich. Maximal handelt es sich um grüne Einsprengsel. Zu allererst: Keine der umstrittenen Maßnahmen, die unter Schwarz-Blau gesetzt wurden, werden zurückgenommen. Sie werden nicht einmal zur Diskussion gestellt, sondern sie waren offenbar unverzichtbarer Bestandteil der Koalitionsvereinbarung. Dass die Grünen sich darauf eingelassen haben, enttäuscht, und es wäre zu fragen, ob es auch für sie rote Linien vor Verhandlungsbeginn gegeben hat. Wir wissen es nicht.

Gewiss enthält das Regierungsprogramm nicht nur Negatives, das muss der Fairness halber gesagt werden. Da wäre etwa der Stellenwert, den die Elementarpädagogik einnimmt. Sie wird eindeutig aufgewertet, z.B. durch die angekündigte Erarbeitung eines neuen, einheitlichen Bildungs- und Betreuungsrahmenplans oder österreichweit

einheitlicher Strategien zur Qualitätssicherung. Allerdings vermisst man einen der wichtigsten Punkte in diesem Bereich, nämlich das Bekenntnis zu einer tertiären Ausbildung, wie sie international üblich ist. Auch zu international üblichen Gruppengrößen zu mindestens als Zielvorstellung findet sich kein Wort.

Weitere grundsätzlich positive Absichtserklärungen sind so vage gehalten, dass eine valide Einschätzung schwer fällt. Da wäre etwa die Ankündigung, dass die Schulen künftig mehr Unterstützungspersonal erhalten sollten, also SchulsozialarbeiterInnen, SchulpsychologInnen, Assistenzpersonal und administratives Personal für die Pflichtschulen. Es wird weder ein Zeitrahmen genannt, noch werden Angaben über eine mögliche Finanzierung gemacht. Die bevorstehenden Budgetverhandlungen werden zeigen, ob das Ganze mehr ist als ein schönes Versprechen, das dann halt leider aus budgetärer Notwendigkeit nicht eingelöst werden kann.

Chancenindex: Etikettenschwindel

Der Ausbau ganztägiger Schulformen ist als Willenserklärung erfreulich, doch auch hier fehlen sowohl Zeitplan als Vorschläge zur Finanzierung. Ähnlich verhält es sich mit der medial durchaus positiv aufgenommenen Erklärung, Schulen mit besonderen Herausforderungen künftig mit zusätzlichen Ressourcen zu stützen. An 100 Pilotschulen soll das anhand eines „zu entwickelnden Chancen- und Entwicklungsindex“ ausprobiert werden. Die ersten Reaktionen waren unter anderem auch deshalb so positiv, weil der Begriff „Chancenindex“ mit gezielter Unterstützung mehrfach benachteiligter Schulstandorte assoziiert wird. Was bei uns Chancenindex genannt wird, ist die Zuteilung von Ressourcen an Schulen, die nach Kriterien des Sozialindex erfolgt und in



H. Schrod: Sieht auch positive, aber vage gehaltene Punkte im Regierungsprogramm.

mehreren Ländern seit Jahren praktiziert wird. In England wurde diese „Pupil Premium“ genannte Maßnahme 2011 sogar unter einer konservativen Regierung eingeführt. Kriterium ist dort das Anrecht auf ein kostenloses Mittagessen. Wichtig ist bei einem Chancenindex, dass die Zuteilung an die Schule pro Kopf erfolgt

DIE UMSTRITTENEN SEGREGIERENDEN DEUTSCHKLASSEN WERDEN BEIBEHALTEN.

und die Schule dann über die zusätzlichen Ressourcen verfügen kann. Das ist wichtig zu erwähnen, denn genau das ist nicht geplant, und es wird auch von den Grünen nicht in Abrede gestellt. Vorgesehen ist, das hat Bildungsminister Heinz Faßmann auch mehrfach betont, dass die Schulen sich bewerben und ihren Bedarf begründen müssen. Vielleicht kommt dabei etwas Positives heraus, mit einem Chancen- bzw. Sozialindex hat das Ganze nichts zu tun und darf getrost als Etikettenschwindel bezeichnet werden.

Bei den besonders problematischen Deutschförderklassen gesteht man den Schulen bei der Umsetzung „die notwendige Gestaltungsfreiheit“ zu. Dass

ZUR PERSON

Heidi Schrod

Heidi Schrod war Direktorin der AHS Rahlgasse in Wien, wo unter ihrer Leitung die drei Schulschwerpunkte Gender, Umwelt, Soziales weiterentwickelt wurden. Sie ist Vorsitzende der Bildungsinitiative „BildungGrenzenlos“ (www.bildunggrenzenlos.at). 2019 erschien ihr Buch „Handbuch Schulalltag. Ein Leitfaden mit Best Practice-Beispielen“ im Verlag Jugend & Volk.

davon nicht viel zu erhoffen ist, wurde seitens des Ministeriums mehrmals klargestellt, denn die Trennung müsse bleiben, heißt es von dort.

Der größte Sündenfall im Regierungsprogramm aber sind die verschärften Zugangsbedingungen zur AHS. Man kann es getrost die Wiedereinführung einer Aufnahmeprüfung durch die Hintertür nennen. Die im 1. Semester der 3. Klasse Volksschule durchgeführte individualisierte Kompetenzfeststellung soll künftig bereits ein erstes Kriterium für die AHS-Reife darstellen. Dazu kommt künftig auch das Jahreszeugnis der 3. Klasse sowie wie bisher die Schulnachricht der 4. Klasse. Diese Maßnahme ist nicht nur pädagogisch gesehen völlig unsinnig, sondern verstärkt die soziale Ungerechtigkeit massiv. Kinder, die herkunftsbedingt Rückstände haben, werden es künftig noch viel schwerer haben, die Hürde mit zehn Jahren zu schaffen. Und das in einem Land, in dem die Bildungsgerechtigkeit so groß ist wie in kaum einem vergleichbaren.

Fazit: je genauer man sich dem Bildungsteil des Regierungsübereinkommens widmet, desto größer wird die Ernüchterung. Dass ein künftiges Ziel nicht einmal genannt wird, nimmt man bedauernd zur Kenntnis.

SPIELRÄUME POSITIV NUTZEN

Die von Türkis-Blau beschlossene „Sozialhilfe Neu“ wurde von ExpertInnen vielfach kritisiert. Ende 2019 kippte der Verfassungsgerichtshof drei der giftigsten Punkte. Und nun?

Text: *Valentine Auer*

Es geht darum, dass wir ein Netzwerk für die Armutsbekämpfung realisieren wollen. Das ist die Mindestsicherung oder die Sozialhilfe, egal wie wir sie nennen“, sagt der grüne Sozialminister Rudi Anschober im Interview mit Puls4 Info-Chefin Corinna Milborn. Armutsbekämpfung und Mindestsicherung. Zwei Begriffe, die durch das von der ÖVP/FPÖ Bundesregierung umgesetzte Sozialhilfe-Grundsatzgesetz nicht mehr zusammengehörten. Nicht nur weil die Mindestsicherung plötzlich Sozialhilfe hieß und damit dem Umstand gerecht wurde, dass nicht Mindestbeiträge, sondern Höchstsätze ausbezahlt werden sollen. Sondern auch, weil das Wort Armutsbekämpfung in ebendiesem Gesetz nicht vorkam. Bereits vor dem Antritt Anschobers wurde das Gesetz entschärft, denn der Verfassungsgerichtshof (VfGH) entschied im Dezember 2019, dass drei Punkte des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes der Verfassung widersprechen. Neben der angedachten Übermittlung personenbezogener Daten zählen dazu



Die Schlechterstellung von Kindern in größeren Familien wurde aufgehoben.

die Verknüpfung von Leistungen mit Sprachkenntnissen sowie die gestaffelten Höchstsätze für Kinder. Je mehr Kinder, desto geringer sollen die Sozialhilfe-Beiträge ausfallen. Anschober zeigte sich erleichtert, dass die Schlechterstellung von Kindern in größeren Familien aufgehoben wurde und auch von Sanktionen bei fehlenden Deutsch-

kenntnissen hält er nichts. Durch die Entscheidung des VfGH wurden dem Gesetz die größten Giftzähne gezogen, erklärt Anschober auf Nachfrage.

Defizite bei der Sozialhilfe

Anders sieht das Martin Schenk, Sozialexperte der Diakonie Österreich sowie Mitbegründer der „Armutskonferenz“.

Aus seiner Arbeit mit Betroffenen weiß er, dass die Verwirrung groß ist. Daher müsse klar kommuniziert werden, dass das von Türkis-Blau beschlossene Grundsatzgesetz gilt und die Bundesländer dieses auch umsetzen müssen. Nur in den drei vom VfGH aufgehobenen Punkten können die Länder frei agieren, so Schenk: „Nur, weil die drei Punkte aufgehoben wurden, heißt das nicht, dass jetzt alles super ist. Das ist eine gefährliche Analyse, weil die ganzen anderen giftigen Punkte weiterhin drinnen sind.“

Der Sozialexperte beginnt die lange Liste dieser Punkte aufzuzählen: Da gibt es zum Beispiel die Deckelung der Wohnkosten. Der Wohnbedarf werde mit dieser Regelung nicht abgesichert, auch die tatsächlichen, ortsüblichen Wohnkosten werden nicht übernommen. Auch die Energiekosten werden nicht dem Wohnbedarf zugerechnet, stattdessen müssten die betroffenen Menschen für einen Zuschuss der Energiekosten extra betteln. Eine effektive Soforthilfe bei Notlagen vermisst Schenk im Gesetz ebenso wie Verfahrensbestimmungen und einen verbesserten Vollzug, um schnellere Hilfe und Sicherheit zu ermöglichen. Zudem habe das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz die Situation von Menschen mit Behinderung verschärft, der höhere Bedarf dieser Personengruppe werde nicht gedeckt. „All das sind große kleine Dramen, die sich da abspielen. Es sind Punkte, die entscheiden, ob es sich um ein bürgerfreundliches Gesetz handelt oder um Untertanenregelungen“, fasst Schenk zusammen.

Armutskonferenz: 19 Punkte

Die Armutskonferenz drängt daher auf ein Mindestsicherungsgesetz, das Existenz, Chancen und Teilhabe sichert. Dafür wurden 19 Punkte formuliert, die es umzusetzen gilt. „Das geht aber nur mit einem neuen Gesetz, das alte Gesetz treibt die Leute eher in

den Abgrund, als dass es sie aus der Armut führt“, stellt Schenk klar. Dass das komplette Bundesgesetz neu verhandelt wird, sei jedoch unwahrscheinlich. „Deshalb dürfen wir den Ländern zumindest keine Ausreden erlauben, damit sie zumindest das tun, was sie tun können.“

Auch Anschober will die Spielräume möglichst positiv nutzen und spricht sich gegen eine bundesweite Vereinheitlichung des Gesetzes aus. Dafür initiierte der Sozialminister Ende Jänner einen Arbeitsprozess mit den SozialreferentInnen der Länder. „Durch das Urteil des VfGH ist es zu einer wesentlichen Änderung des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes gekommen. Drei Punkte hat der Verfassungsgerichtshof beeinträchtigt. Darüber hinaus sind in der Begründung eine ganze Reihe von Interpretationen des Grundsatzgesetz-

„DIE GANZEN ANDEREN GIFTIGEN PUNKTE SIND WEITERHIN IM GESETZ.“ MARTIN SCHENK

zes enthalten, die den Ländern deutlich mehr Spielraum in weiteren Bereichen des Gesetzes ermöglichen“, betont Anschober. Anschober geht davon aus, dass die Länder die notwendigen Schritte zur Umsetzung des Grundsatzgesetzes in Angriff nehmen und bis Ende des Jahres in allen Bundesländern eine entsprechende Gesetzeslage vorliegt.

NÖ und OÖ: negative Vorreiter

Dass das nicht unbedingt positiv ausgehen muss, zeigen die Länder Niederösterreich und Oberösterreich. Während die restlichen Bundesländer die Entscheidung des VfGH abgewartet haben, setzten die beiden ÖVP-geführten Bundesländer die „Sozialhilfe Neu“ bereits 2019 um. Nun müssen sie die Regelung reparieren: die Kindersätze wurden insgesamt erhöht, und auch wenn

die Staffelungen bestehen bleiben, hat man diese doch flacher gestaltet. Eine Entschärfung gibt es in Niederösterreich auch bei den Deutschkenntnissen. Um Sozialhilfe zu erhalten muss das Sprachniveau nicht mehr nachgewiesen werden, sondern es reicht der Besuch von Sprachkursen. In Oberösterreich wurden Sanktionen an die Integrationsbereitschaft der Betroffenen und an eine „Bemühungspflicht“ gebunden. Ein schwammiger Begriff, als Beispiel für dieses „Bemühen“ nennt ein Vertreter der FPÖ den Besuch eines „Sprachcafés“.

Martin Schenk bezeichnet die beiden Bundesländer als negative Vorreiter und auch Anschober zeigt sich unzufrieden: „Was Niederösterreich und Oberösterreich anbelangt, so haben sie sehr rasch auf die geänderten Rahmenbedingungen reagiert. Allerdings sehe ich die Umsetzung, gerade was die Unterstützung von Kindern betrifft, sehr kritisch.“ Doch ohne eine Neuverhandlung des gesamten Bundesgesetzes muss Anschober deren Umsetzung wohl zur Kenntnis nehmen.

Genau darin sieht auch Schenk ein Problem. Obwohl das Sozialministerium um eine Einschätzung der Armutskonferenz ersucht hat und auch die 19 vorgeschlagenen Punkte auf dem Bildschirm hat, dürfte es unwahrscheinlich sein, dass diese auch umgesetzt werden. Dennoch zeigt sich für Schenk – neben dem Bekenntnis zur Armutsbekämpfung – ein positiver Trend in der Politik. Nämlich jener der evidenzbasierten Gesetzgebung. Sozialwissenschaftliche Kenntnisse und Studien sowie Fachwissen aus der sozialen Praxis sollten demnach in der Gesetzgebung beachtet werden. „Das ist ein wichtiger Punkt“, sagt Schenk, „ein Punkt, der in den letzten Jahren überhaupt nicht mehr berücksichtigt wurde. Es war völlig egal, was die Evidenz, was Leute aus der Praxis sagen: Dass das wieder Bedeutung hat, ist zumindest positiv“.

ANGST- BEWIRTSCHAFFUNG

Derzeit leisten u.a. Diakonie und Volkshilfe unabhängige Rechtsberatung für Geflüchtete. Das wird fortan eine Bundesagentur übernehmen. Sie untersteht dem Innenministerium.

Text: Magdalena Stern

Die grüne Regierungsbeteiligung weckte Ende letzten Jahres Hoffnungen auf eine Kehrtwende in der österreichischen Asylpolitik. Mit der Präsentation des türkis-grünen Regierungsprogramms Anfang Jänner war das schnell wieder Geschichte. „Dass es den Grünen nicht gelungen ist, das Ende der unabhängigen Rechtsberatung zu stoppen, ist eine der größten Enttäuschungen“, sagt der Sprecher der Asylkoordination Österreich, Lukas Gahleitner-Gertz. „Wenn man sich das Asylkapitel des Regierungsprogramms ansieht, ist offensichtlich, dass sich die Partei durchgesetzt hat, die seit Jahren von der Angstbewirtschaftung im Bereich Asyl lebt.“ Die Grünen hätten nicht geschafft, die ÖVP aus dem selbstverschuldeten Trauma der Flüchtlingsmanagement-Krise von 2015 zu befreien. Das sei „bedauerlich“, so Gahleitner-Gertz.

Ein Blick zurück

Es war Donnerstag, der 16. Mai 2019. Ein Tag vor Veröffentlichung des folgenschweren Ibiza-Videos, das das Ende der türkis-blauen Regierung einleiten sollte. Mit den Stimmen der ÖVP und FPÖ



Ende der unabhängigen Rechtsberatung: Im Mai 2019 wurde das Gesetz zur Errichtung einer Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen (BBU) beschlossen.

wird eines ihrer Prestigeprojekte beschlossen: das Gesetz zur Errichtung einer Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen (BBU). Konkret bedeutet das, eine dem Innenministerium unterstellte Agentur zu schaffen, die ab 1. Juli 2020 die Grundversorgung und ein halbes Jahr später die Rechtsberatung und Rückkehrberatung von Geflüchteten übernimmt. Dolmetschleistungen und Menschenrechtsbeobachtung inklusive.

Im Mai 2019 setzte man also in Gang, was kritische Stimmen als „Verstaatlichung der Rechtsberatung“ bezeichnen. Dabei waren sich Asyl- und MenschenrechtsexpertInnen von Anfang an einig: Die Errichtung der BBU verletzt das Recht auf ein faires Verfahren und stellt rechtsstaatliche Grundprinzipien in Frage. Ex-Innenminister Herbert Kickl sah das freilich etwas anders: „Die Bundesagentur ist der Garant für eine objektive und realis-

tische Rechtsberatung im Asylverfahren“. In der FPÖ blieb man der eigenen Rhetorik treu und sprach vom Ende der „Asylindustrie“ sowie der „Verfahrensverschleppung“.

Zweifel wegen Naheverhältnis

Schon Übergangs-Innenminister Wolfgang Peschorn hatte erste Schritte gesetzt. Er bestellte einen interimistischen Geschäftsführer und jene sechs Aufsichtsratsmitglieder, die von Seiten des Innenministeriums berufen werden. Dass sich darunter der ehemalige Direktor des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA) sowie eine Abteilungsleiterin befinden, sorgte für Empörung. Das BFA ist jene Behörde des Innenministeriums, in der die erstinstanzlichen Entscheidungen im Asylverfahren getroffen werden. Zudem wurde auch der Chef der Sektion V im Innenministerium (Fremdenwesen), Peter Webinger, welcher wiederum der direkte Vorgesetzte des aktuellen BFA-Direktors ist, bestellt. Brisant: Damit besteht bei drei der sechs Aufsichtsratsmitglieder ein Naheverhältnis zu ebenjener Behörde, die fortan gegen erstinstanzliche Entscheidungen des BFA unvoreingenommen Rechtsberatung gewährleisten soll. Kein Wunder, dass das die ohnehin bestehenden Zweifel an der Unabhängigkeit der Bundesagentur weiter nährte.

Derzeit leistet die rechtliche Vertretung in der zweiten Instanz noch die ARGE Rechtsberatung (das sind Diakonie und Volkshilfe) sowie der Verein Menschenrechte Österreich. Mit Jahresbeginn 2021 soll die neu geschaffene Bundesagentur die Rechtsvertretung in zweiter Instanz übernehmen.

Die Kündigung der Verträge obliegt nun der neuen Justizministerin Alma Zadić. Sie ist zwar durch das Regierungsübereinkommen gebunden, hat aber angekündigt, noch vor der Ver-



Gahleitner-Gertz: Grüne haben versucht, die Regelung etwas abzufedern.

tragsauflösung das Gespräch mit den betroffenen NGOs zu suchen. Dass die Bundesagentur die Rechtsberatung in Zukunft doch noch an NGOs auslagern könnte, hält der Asylrechtsexperte Gahleitner-Gertz jedoch für ausgeschlossen. „Das ist im Regierungsprogramm explizit nicht vorgesehen. Anders als im Bereich der Grundversorgung, wo sehr wohl ein Passus ermöglicht, dass Externe beschäftigt oder beauftragt wer-

MEHR UNABHÄNGIGKEIT DURCH AUFSICHTSRAT UND NEU GEPLANTEN QUALITÄTSBEIRAT?

den.“ Dass die Grünen im Regierungsprogramm aber versucht haben, die Regelung etwas abzufedern, lässt sich laut Gahleitner-Gertz an der geplanten Neubesetzung des Aufsichtsrats der Bundesagentur erkennen: „Das sieht man vor allem in dem Punkt, dass der Aufsichtsrat neu besetzt werden soll. Hier bleibt abzuwarten, welche Personen das dann schlussendlich sind. Die derzeitige Besetzung des Aufsichtsrats ist einfach indiskutabel.“

In den Regierungsverhandlungen hat man insofern reagiert, als durch die Neubesetzung des Aufsichtsrats und einen neu geplanten Qualitätsbeirat „mehr Unabhängigkeit“ gewähr-



Oliver Scheiber: sieht eine Chance, dass das Gesetz gekippt wird.

leistet werden soll. Die Möglichkeiten dieses Qualitätsbeirates sieht Gahleitner-Gertz aber skeptisch: „Dessen Aufgabe soll sein, die Qualität zu überprüfen, das klingt eher nach einer Aufsichtsfunktion. Welchen tatsächlichen Einblick der Beirat in die Praxis der Rechtsvertretung haben wird, ist fraglich. Ich glaube nicht, dass die Implementierung des Qualitätsbeirates ausreichend ist, um verfassungsrechtliche und grundrechtliche Bedenken auszuräumen.“

Recht auf faires Verfahren

Asylsuchende in Österreich haben per Gesetz Anspruch auf rechtliche Vertretung. Das betrifft sowohl ihr Zulassungsverfahren als auch die Vertretung in zweiter Instanz, wenn etwa Rechtsmittel gegen negative Entscheidungen des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl eingelegt werden. Derzeit liegen diese Verfahren noch in der Zuständigkeit des Justizministeriums. In Zukunft wäre diese Trennung aber nicht mehr gegeben, weil die Rechtsvertretung durch Mitarbeiter der Bundesagentur erfolgen soll, welche zu 100 Prozent dem Innenministerium untersteht. Oliver Scheiber, Leiter des Bezirksgerichts Meidling, schätzt das als problematisch ein. Falls die Bundesagentur auf ihre Verfassungskonformi-

tät geprüft wird, stünden die Chancen, dass das Gesetz gekippt wird, hoch, glaubt der Jurist.

Scheiber erinnert an die vielfach erhobene Kritik an der Qualität der BFA-Bescheide in der 1. Instanz. Durchschnittlich werden vier von zehn Bescheiden des BFA in der zweiten Instanz aufgehoben oder abgeändert. Die Kosten, die dabei für den Staat entstehen, hat vor kurzem der IT-Experte Wolfgang Salm von der Initiative "Fairness Asyl" berechnet. Laut seinen Berechnungen, die auf 19.700 Beschwerden gegen BFA-Entscheidungen basieren, zog die hohe Fehlerquote „allein 2018 über 107 Millionen Euro an Folgekosten nach sich". Scheiber dazu: "In keinem anderen staatlichen Bereich würde man so eine hohe Fehlerquote akzeptieren."

Während also die hohe Fehlerquote und schlechte Qualität in der 1. Instanz zu beträchtlichen Kosten für den Staat führen, soll durch die Errichtung der Bundesagentur und damit einhergehenden Personaleinsparungen und "forcierter Rückkehrberatung" Geld eingespart werden. 15,4 Millionen Euro sollen es ab 2023 jährlich sein, davon bereits ab 2021 jährlich rund drei Millionen Euro allein in der Rechtsberatung. Die Diakonie fürchtet freilich, dass "eine qualitativ hochwertige Rechtsberatung, die den Vorgaben des Unionsrechts genügt, unter diesen Umständen nicht mehr möglich sein wird." Immerhin lassen sich auch an dieser Stelle grüne Abfederungsversuche im Regierungsprogramm erkennen. Erwähnt wird eine Aufstockung der Personalressourcen in der 2. Instanz, auch die Qualität der erstinstanzlichen Bescheide soll weiter angehoben werden. Dass die Zahl der Asylanträge derzeit auf einen 20-Jahres-Tiefstand gesunken ist, scheint in der Debatte nicht allen klar zu sein. Insofern hält Gahleitner-Gertz es für bemerkenswert, dass dem Thema so große Bedeutung zugemessen wird. „Daher auch mein Begriff der Angstbewirtschaftung. Dieses

Thema wird immer wieder aufgebracht um gezielt ein gewisses Klientel zu bedienen, und nicht, um progressive und menschenrechtsorientierte Asylpolitik zu gestalten.“

Der Jurist Oliver Scheiber wünscht sich, dass die kritischen Stimmen aus der Rechtsanwaltschaft lauter zu vernehmen sind als bisher. Er wertet die Einrichtung der Bundesagentur als deutlichen Einbruch in der österreichischen Rechtskultur und noch viel mehr als das: „Es geht ja nicht nur um die rechtliche Konstruktion, sondern man muss das auch in Verbindung mit der migrationsablehnenden Haltung des Innenministeriums der vergangenen Jahre betrachten. Dass ausgerechnet dieses Ministerium für die Umsetzung der Bundesagentur verantwortlich ist und

**„GRENZNAHE ASYLZENTREN
SIND UNSINNIG, INEFFIZIENT
UND KOSTSPIELIG.“
LUKAS GAHLEITNER-GERTZ**

nicht das Justizministerium oder das Bundeskanzleramt, das halte ich für politisch unerträglich und rechtlich möglicherweise nicht machbar.“

Druck der Zivilgesellschaft

Ein weiterer problematischer Aspekt ist die geplante Isolierung von Asylsuchenden, u.a. durch den Ausschluss der Zivilgesellschaft und der geplanten Errichtung von grenznahen Asylzentren. Gahleitner-Gertz findet an dieser Stelle klare Worte: „Das ist schlichtweg unsinnig, kostspielig, ineffizient und der Ausdruck reiner Symbolpolitik. Das bezweckt nur, dass die Betroffenen von der Zivilgesellschaft isoliert werden, damit sich die Politik nicht mehr mit der Thematik auseinandersetzen hat.“

Ein wichtiger Punkt, denn vor allem die jüngst verhinderten Abschiebungen von Asylsuchenden in Lehre zeigen deutlich, wieviel politischen Druck die Zivilgesellschaft aufzubauen

en vermag. Dass von politischer Seite gegengesteuert wird, verwundert insofern kaum. Dazu Oliver Scheiber: „Ich denke, dass die Politik in Österreich im Moment migrationsfeindlicher ist als die Bevölkerung. Dort wo es Kontakte gibt, findet sich meistens eine Mehrheit, die sagt: Wir wollen helfen. Wenn allerdings niemand mehr Menschen in Not kennt, dann sinkt die Unterstützungsbereitschaft" und damit wohl auch der politische Druck seitens der Bevölkerung.

Dominoeffekt

Asylsuchende gehören grundsätzlich zu jenen Personengruppen unserer Gesellschaft, denen eine starke Lobby fehlt. Für Scheiber zeigt sich die Stärke der Demokratie und des Rechtsstaates daran, wie mit genau diesen Gruppen umgegangen wird. Er hält es für einen Irrglauben, dass verfassungs- und grundrechtlich bedenkliche Entwicklungen auf Minderheiten beschränkt bleiben. "Sobald ich beginne, Grundkompromisse wie das Recht auf ein faires Verfahren einer Gesellschaftsgruppe abzuerkennen, kann das schnell zu einem Dominoeffekt führen. Die nächsten sind dann die Arbeitslosen, dann die SozialhilfempfängerInnen, und so weiter."

In Kapitel 4 des türkis-grünen Regierungsprogramms heißt es, dass man sich "aktiv als internationaler Vorreiter beim Menschenrechtsschutz" positionieren wolle. Für den Asylbereich gilt das offenbar nicht. Auch wenn die Grünen sich punktuell moderierend einbringen konnten, reicht das für eine Kehrtwende zu einer progressiven und menschenrechtsorientierten Asylpolitik nicht. Stattdessen wird in diesem sensiblen Bereich beinahe nahtlos an die Politik der Spaltung und des Abbaus von Menschenrechten der türkis-blauen Vorgängerregierung angeknüpft.

Initiative www.fairlassen.at

KUNSTAUKTION

Demokratie ist kein Kopfbahnhof

Seit vielen Jahren unterstützen Künstlerinnen und Künstler die Menschenrechtsarbeit von SOS Mitmensch, indem sie Werke für die jährliche Benefizauktion zur Verfügung stellen. Wir wollten wissen warum und welche Erwartung sie an die neue Regierung haben.

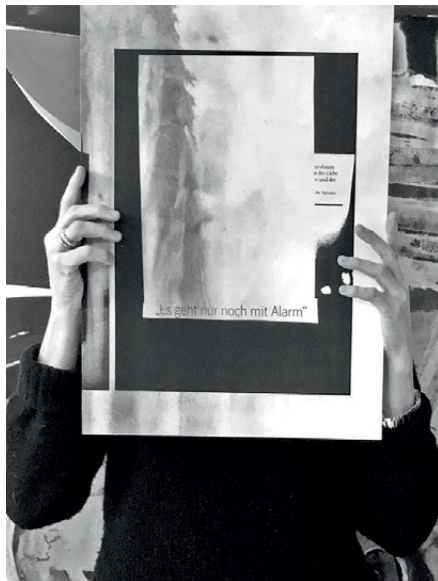
REDAKTION: MAGDALENA STERN

Veronika Dirnhofer

*Ich bedanke mich sehr herzlich bei den engagierten Menschen von SOS Mitmensch für deren essentielle Arbeit für eine gute Gesellschaft. Menschenrechte sind nicht verhandelbar - SOS Mitmensch zeigt auf und setzt sich für deren Legimität ein; nach Hannah Arendt: Jeder Mensch hat (überall) das Recht, Rechte zu haben.

* ich erwarte mir von der kommenden Regierung, dass sie neben der notwendigen Klimapolitik unsere Gesellschaft als eine solidarische Gesellschaft begreift und auch so handelt. Wir sind anders, wir Menschen hier wollen würdevoll miteinander umgehen.

www.veronikadirnhofer.com



Veronika Dirnhofer © Emma Dirnhofer



Werner Reiterer © Privat

Werner Reiterer

*Demokratie ist kein Kopfbahnhof, wo man ankommt und dann nichts mehr zu tun bleibt. Vielmehr ist sie eine gesellschaftspolitische Errungenschaft, quasi eine Baustelle, auf der ständig Korrekturen und Nachjustierungen von Nöten sind. SOS Mitmensch ist – um in diesem Bild zu bleiben – eine Emergency-Bautruppe, die dort Hand anlegt, wo die offiziell ausführende Baufirma – die Politik – schlechte Arbeit macht, säumig ist, oder Schaden anrichtet. Baut die Politik immer mehr ausschließlich mit dem Werkstoff Gewinnmaximierung und Profit, verwendet SOS Mitmensch ein Material, welches als sozialer Klebstoff in einer funktionierenden Gesellschaft unabdingbar ist: Empathie! Das ist unterstützenswert!

*Seit Beginn des 21. Jhdt. sind die drängendsten Probleme der Menschheit z.B. Globalisierung und Erderwärmung. Wir werden diese nur meistern, wenn die Politik beginnt global zu denken und ihre nationalstaatliche Ausrichtung abschüttelt. Ich wünsche mir weltoffene PolitikerInnen, die diese dicken Bretter mit Sachverstand zu bohren beginnen, anstatt die Bevölkerung mit kleinkarierten, populistischen Scheinlösungen hinters Licht zu führen. Und ich wünsche mir eine Bevölkerung, die im Stande ist, ehrliche, qualitätsvolle Politik von kurzsichtiger und dummer zu unterscheiden. Das klingt alles etwas utopisch, aber wünschen kann man es sich ja...



Otto Zitko © mumok – Museum moderner Kunst
Stiftung Ludwig Wien

Otto Zitko

*Weil ich die Einhaltung von Menschenrechten für unabdingbar halte und daher das Engagement von SOS Mitmensch in dieser Hinsicht sehr schätze.

www.ottozitko.com



Edgar Honetschläger © Edgar Honetschläger

Edgar Honetschläger

*Menschen versuchen anderen Menschen Gutes zu tun. Die Frage stellt sich, wie man das nicht unterstützen kann.

*Dinge die es, egal welche Regierungskonstellation, nicht spielen wird: Radikales, sofortiges Umdenken in Bezug auf Konsum und Verbrauch. Ende der Verbrennungsmotoren. Mobilitätseinschränkung. Ende der Totalverbauung (in Österreich 20 - 30 Fußballfelder pro Tag!). Ende der Pestizid-Landwirtschaft. Fokussierung auf „Change now“, um die Erde zu retten. Erkennen und reagieren auf das fatale Problem der ungleichen Verteilung. Schreiende Ungerechtigkeit wird am Schluss niemandem geholfen haben, auch nicht jenen, die etwas haben und nicht teilen wollen. Wieso sollte Österreich dafür nicht beispielgebend sein? www.honetschlaeger.com

Alessandro Painsi

*Wenn man das Glück hat (das ist kein Privileg) in einem Land wie Österreich oder Dänemark zu leben, dann hat man einfach die Verpflichtung, anderen Menschen zu helfen. Leider gibt es noch zu viel Ungerechtigkeit, Armut, Anti-Feminismus, Hunger, Faschismus etc. auf dieser



Alessandro Painsi © Rasmus Peter Fischer

Welt, das kann man nicht ignorieren. Ob Künstler, Professor, Elektriker oder Anwalt, man hat die Verantwortung, für die Schwächeren aufzustehen. Mit der Kunstauktion von SOS Mitmensch habe ich die Möglichkeit, die Welt ein bisschen besser zu machen und etwas zurückzugeben. Jeder Mensch hat eine faire Chance verdient.

*Da mein Hauptwohnsitz seit 2013 in Dänemark ist, ich jedoch ganz tief verbunden mit Österreich bin, bezieht sich mein Statement nicht direkt auf Österreich, sondern generell auf Regierungen und Politik. Ich erwarte mir eine viel höhere Transparenz zwischen Politik und dem Volk und eine faire Demokratie, die nicht auf Betrug und Lügen aufgebaut ist, sondern den Menschen wirklich helfen kann.

www.alessandropainsi.com



Uli Aigner © Sonja Dürnberger

Uli Aigner

*Weil ich so der politischen Arbeit von SOS Mitmensch meinen persönlichen Respekt zeigen kann und weil ich die hohe Qualität der Veranstaltung

und des Katalogs schätze. Und weil es mir besser geht, wenn ich mithelfen kann, damit Menschen ihre schiefe Existenz bewältigen können.

*Dass der Chauvinismus abnimmt. Dass diese Regierung es versteht, zu kooperieren, gerade weil sie verschiedene Meinungen hat. Dass sie den ÖsterreicherInnen zeigt, dass es kein Problem, sondern eine Chance ist, wenn man nicht derselben Meinung ist. Und dass die eigene Haltung im Umgang mit „den Anderen“ nicht in Gefahr ist, wenn man einfach zuhören und verstehen lernt. Ich möchte bitte im ORF sehen können, dass es viel intelligenter ist, andere Meinungen zu respektieren, um so im diversen Alltag der gesamten Bevölkerung einen gewaltfreieren Umgang zu finden. Ich erwarte mir NICHT mehr mit PolitikerInnen konfrontiert zu werden, die durch menschenverachtenden Chauvinismus tagtäglich mediale und tatsächliche Gewalt zu verantworten haben.

www.uliaigner.net



Katrin Plavčak © Florian Moritz

Katrin Plavčak

*Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ist über 70 Jahre alt und trotzdem sind die Menschenrechte noch immer keine Selbstverständlichkeit. Wie die Demokratie und die erkämpften Rechte der Emanzipation müssen sie immer wieder verteidigt werden.

*Ich erwarte mir die Verteidigung dieser Menschenrechte für alle Men-

schen, gleich welcher Herkunft. Ohne Zuwanderung würde sich die Bevölkerung Europas stark reduzieren und der Generationenvertrag nicht mehr funktionieren, weil zu wenige Erwerbstätige in die Pensionskassen einzahlen würden. Da der Generationenvertrag auch in die andere Richtung gilt, dürfen junge Zugewanderte nicht ihrer Chance auf Bleiberecht und Bildung beraubt werden. Ich hoffe, dass die Grünen, neben Umwelt- und Klimaschutz auch für eine menschliche Politik der Integration und Solidarität mit den Menschen eintreten, die um ihr Überleben und das ihrer Familien kämpfen.

Unsere Herkunft ist dieser Planet, unser „Spaceship Earth“, wie es Buckminster Fuller genannt hat, auf dem wir als Schicksalsgemeinschaft zusammenleben und für den wir Sorge zu tragen haben. Deswegen lassen sich Klimaschutz und Menschenrechte auch nicht auseinanderdividieren, das eine schließt das andere mit ein. Eine andere Haltung zu diesem Thema ist anachronistisch, denn Klimawandel und Migrationsströme machen vor Nationalgrenzen sicher nicht halt.

Es geht um ein Miteinander, das uns alle stärkt. Dafür setzt sich SOS Mitmensch ein.

www.plavcak.com



Ronald Kodritsch © Markus Rössle

Ronald Kodritsch

*Themen wie Demokratie, Gleichberechtigung oder soziale Gerechtigkeit sind leider auch in Österreich keine Selbstverständlichkeit. In Zeiten, in

denen die linken Parteien nach Richtung Mitte tendieren und die Mitte sich nach rechts bewegt, ist es umso wichtiger, dass ich ein eindeutiges Zeichen setze. Als Künstler kann ich das durch die regelmäßige Spende einer Arbeit an SOS Mitmensch tun und ihre wertvolle Arbeit so unterstützen. Ich danke SOS Mitmensch für den Einsatz.

*Ich finde es prinzipiell gut, dass die Grünen Teil der Regierung sind. Sollte die Regierung aber scheitern, wird es sicher nicht an den Grünen liegen und wer dann die nächste Wahl gewinnt, liegt auf der Hand: der Mann mit der Bankräubermaske.

www.kodritsch.com



Ruth Anderwald, Leonhard Grond © Kunsthaus Graz

Ruth Anderwald + Leonhard Grond

*Vor dem historischen Hintergrund des Nazi-Regimes und dessen Missachtung der Menschenrechte übernehmen wir als österreichische Bürger*innen besondere Verantwortung. Immer wieder fragen wir uns auch als Künstler*innen, was unsere gesellschaftspolitische Verantwortung ist, und welche Ausdrucksformen diese annehmen kann. Heuer starteten wir daher das interdisziplinäre Kunstprojekt „Art Works! European Culture of Resistance und Liberation“, in dem sich junge Menschen mit Widerstand gegen Faschismus in Europa und der Befreiung davon aus künstlerischer und historisch-politischer Perspektive auseinandersetzen. Ist Kunst ein probates Mittel gesellschaftspoli-

tischen Widerstand zu leisten und für Menschenrechte einzutreten? Der Verkauf von Kunstwerken, um die Arbeit einer Menschenrechtsorganisation zu ermöglichen, ist sicher nur eine von vielen Möglichkeiten, die Künstler*innen haben. SOS Mitmensch zeigt nicht nur gelebte Zivilcourage, sondern reagiert schnell und flexibel auf Missstände und leistet damit wichtige Arbeit.

*Ein Bekenntnis zu Pluralismus und Demokratie. Die Verteidigung und Durchsetzung der Menschenrechte. Klimaschutz und Klimagerechtigkeit durchzusetzen. Die Aufwertung des Rechts auf persönlichen Daten als Teil der Menschenrechte. Keine Sicherungshaft. Die Unterstützung einer unabhängigen Justiz und unabhängiger Rechtsberatung. Die Unterstützung einer freien, diversen Medienlandschaft.

www.anderwald-grond.net



VALIE EXPORT © Violetta Wakolbinger

VALIE EXPORT.

*Ich habe jedes Mal sehr gerne Kunstwerke von mir für SOS Mitmensch zu Auktionen zur Verfügung gestellt. Es ist ein besonders wichtiges Vorhaben unsere Mitmenschen, die in Not geraten sind, zu unterstützen. Ich danke dem Verein für seinen Einsatz!

www.valieexport.at

20. Jubiläums-Kunstauktion zugunsten der Menschenrechtsarbeit von SOS Mitmensch, 21. April 2020, 19 Uhr, Aula der Wissenschaften, Wollzeile 27a, 1010 Wien
Kontakt und Katalog: katharina.hofmann-sewera@sosmitmensch.at

RÜCKBLICKE

„Das war ein regelrechter Klimawandel“

Anny Knapp war 30 Jahre lang Obfrau der Asylkoordination Österreich, im vergangenen Oktober ist sie in Pension gegangen. Ein Gespräch über die Flüchtlingsankunft 2015, über besser trainierte Beamte und den eigenen Antrieb.

INTERVIEW: EVA MARIA BACHINGER
FOTOS: KARIN WASNER

Bevor es das Internet gab, war sie *die* Auskunftsperson in Asyl- und Migrationsfragen schlechthin. Ganz verabschiedet hat sie sich aber noch nicht: In ihrem Büro in der Wiener Burggasse türmen sich noch Berge von Unterlagen: „Es ist rund um meinen Arbeitsplatz über die Jahre eine Art Landschaft entstanden. Die gehört noch gesichtet, manches entsorgt.“

Wenn Sie zurückblicken, was fällt Ihnen zuerst ein?

Dass wir es in den 1990er-Jahren auch nicht leicht hatten. Manches ist besser geworden. Viele der Verbesserungen wurden allerdings durch Urteile der Höchstgerichte bewirkt oder von der EU vorgeschrieben. Ich denke auch daran, mit welcher erstaunlichen Energie nicht nur in den vergangenen Jahrzehnten viele Initiativen entstanden sind. 2015 hat es mich echt vom Hocker gehaut, wie viele Menschen zu den Bahnhöfen gegangen sind und Flüchtlinge willkommen geheißen haben. Das war ein regelrechter Klimawandel und für mich eine schöne Überraschung.

Was ist heute konkret besser?

Die Zustände in der Schubhaft waren in den 1990er-Jahren der pure Wahnsinn, das kann man sich nicht vorstellen, dass so etwas in einem west-



„Ich denke auch daran, mit welcher erstaunlichen Energie nicht nur in den vergangenen Jahrzehnten viele Initiativen entstanden sind.“ Anny Knapp

europäischen Land möglich war. Das ist heute eindeutig besser. Die Grund- und Freiheitsrechte haben mehr an Bedeutung gewonnen und die Willkür der Polizei ist nicht mehr so massiv gegeben wie damals. Früher ist es schnell mal passiert, dass man bei der Polizei die Stiegen runtergefallen ist. Heute sind die Beamten auf Deeskalation trainiert, früher waren sie die Machos. Insofern frag ich mich angesichts der Diskussion um die Sicherungshaft, was das nun wieder soll? Da waren wir schon weiter. Auch in den EU-Richtlinien ist Haft für Asylwerber etwa beim Dublin-Verfahren eingebaut worden, das war nicht vorgesehen. Auch der Plan die Asylverfahren an der Grenze zu führen ist sicherlich keine Verbesserung. Die Intention ist ganz klar, dass die Türen und Tore von Österreich fest verriegelt werden müssen. Bei der ÖVP gibt es offenbar ein Trauma, 2015 darf sich nicht wiederholen. Ich habe immer wieder den Eindruck, dass die menschenrechtliche Sicht auf das Asylrecht keine große Bedeutung hat, auch nicht die Frage der europäischen Verantwortung und Solidarität.

Wie beurteilen Sie die türkisch-grüne Regierung grundsätzlich?

Ich bin jedenfalls froh, dass die FPÖ weg ist. Das ist keine Frage. Es war schon schlimm genug, dass die Freiheitlichen in die Regierung gekommen sind und dann gab es auch noch so einen Sympathieträger namens Kickl als Innenminister. Es kann nur besser werden, auch wenn es einen Wermutstropfen gibt. Denn offenbar haben die Türkisen das Thema Asyl von der FPÖ übernommen. Der neue Innenminister Karl Nehammer ist ja auch nicht von der liberaleren Fraktion. Im aktuellen Programm ist für mich der sogenannte koalitionsfreie Raum besorgniserregend. Wenn es eine Krise gibt und keine Einigung mit den Grünen zustande kommt, dann macht die



„Österreich hat bisher keine Migrations-Strategie entwickelt, um Leute auch zum eigenen Nutzen anzuwerben. Die Latte ist viel zu hoch gelegt.“

ÖVP bestimmte Gesetze einfach mit der FPÖ. Es ist für die Grünen sicher keine leichte Situation. Ich kann nun nur hoffen, dass sie viel Fingerspitzengefühl und Standhaftigkeit beweisen.

Sie meinen, dass es nicht mehr viel Bewusstsein zu geben scheint, dass das Recht, einen Asylantrag zu stellen ein Menschenrecht ist. Aber kann das nicht auch damit zusammenhängen, dass viele Armutsmigranten via Asylverfahren nach Europa kommen?

„Die Zustände in der Schubhaft in den 1990er Jahren waren der pure Wahnsinn.“

Das ist ein Thema, das schwierig zu diskutieren ist. Das Asylrecht sollte man nicht verändern, es hat eine historische Dimension. Kolonialismus, Imperialismus und Kapitalismus haben viele Weltregionen systematisch unterjocht und ausgebeutet. Wir sind zwar auf der Butterseite, aber womit genau hätten wir uns das verdient? Insofern ist nicht zu rechtfertigen, Menschen in anderen Gegenden, die keine Perspektive sehen, woran wir auch ei-

nen Anteil haben, zu sagen, ihr dürft nicht kommen. Wir sind in Österreich nicht einmal so weit, Menschen aufzunehmen, die besonders hart unter den Bedingungen in Flüchtlingslagern leiden. Eine Ausnahme hat es in der Vergangenheit gegeben, als knapp 2.000 Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen wurden. Aber seitdem verweigern wir systematisch das Resettlement-Programm der UNO, wir verweigern auch das Relocation-Programm der EU für Flüchtlinge aus Griechenland und Italien. Wir denken nicht einmal daran, Flüchtlinge zu evakuieren. Wir beteiligen uns nur daran, die EU-Grenzen systematisch abzuriegeln.

Soll man die Bereiche Asyl und Migration nicht besser trennen um das Asylwesen zu entlasten?

Österreich hat bisher keine Migrations-Strategie entwickelt, um Leute auch zum eigenen Nutzen anzuwerben. Die Latte ist viel zu hoch gelegt: Es ist nur Leuten möglich, zu kommen, die eine hohe Qualifikation haben oder Vermögen besitzen. Menschen mit einer durchschnittlichen Qualifikation oder ohne Ausbildung steht die Tür nicht offen. Als weitere Möglichkeiten gibt



Eine Verdrängung von Österreichern am Arbeitsmarkt findet ja nicht wirklich statt. Wenn, dann im Niedriglohnbereich, aber da trifft es auch wieder vorwiegend Migranten.

es nur die Familienzusammenführung sowie geringe Kontingente für Schlüsselarbeitskräfte. In den 1990er-Jahren gab es einen Versuch der Gemeinde Wien, philippinische Krankenschwestern ins Land zu holen. Da wurde aber auch kritisiert, dass dann vor allem jene Menschen abgeworben werden, die im Land selbst gebraucht werden.

Soll man Asyl wieder in einer EU-Botschaft in der Herkunftsregion beantragen können?

Ja, damit könnte man auch die Schleperei bekämpfen und müsste nicht so viel in den Grenzschutz investieren. Früher gab es ein Botschaftsverfahren, aber das hat nicht funktioniert, weil man gar nicht wollte, dass es funktioniert. Es gibt gewisse Animositäten in der österreichischen Verwaltung. Das Außenamt hatte nicht gut mit dem Innenressort kooperiert, das sind zwei verschiedene Welten. Der eine Mitarbeiterstab kommt aus dem Polizeibereich, der andere aus der Diplomatischen Akademie. Da herrschte auch Angst, dass es zu einer totalen Überlastung der Botschaft kommt, wenn sich das herumspricht. Das war auch der Fall, als in der afghanischen Community das Gerücht kursierte,

dass Österreich afghanische Flüchtlinge aufnehmen würde. Binnen kurzer Zeit wurden 5.000 Asylanträge gestellt. Daraufhin hat man die Botschaft geschlossen und das war damals leider auch der Anlass, das Botschaftsverfahren ganz abzuschaffen. Aber wenn man etwas wirklich will, ist es machbar.

„Mit Zahlen und Fakten kommt man nicht durch. Aber man kann von Menschen und deren Geschichten erzählen.“

Die soziale Ungleichheit nimmt zu. Viele fühlen sich auch durch Globalisierung und Digitalisierung abgehängt. Ist das auch ein Grund für Fremdenfeindlichkeit?

Die Propagandamaschine läuft unbarmherzig dahin, fernab jeder Realität. Eine Verdrängung von Österreichern am Arbeitsmarkt findet ja nicht wirklich statt. Wenn, dann passiert das im Niedriglohnbereich, aber da trifft es auch wieder vorwiegend Migranten. Es wird einfach ein Neidkomplex geschürt. Immer wieder spricht die FPÖ von der sozialen Hängematte. Da wird nicht zwischen Leuten unterschieden, die sich im Asylverfahren oder der Grundversorgung befinden, und

jenen, die bereits Asyl und einen Anspruch auf Mindestsicherung haben. Es herrscht die Haltung vor: Wenn es mir nicht gut geht, dann soll es anderen auch nicht gut gehen. Es gibt ja auch genügend Österreicher, die sich herumwinden und Mindestsicherung beziehen, aber bei den Flüchtlingen wird von vornherein angenommen, dass sie nur deswegen nach Österreich kommen. Viele glauben, wir würden ihnen alles in den Rachen werfen und die Leute müssten überhaupt nichts tun.

Was könnte man der Propaganda wie Sie sagen, entgegenhalten?

Man kann wohl nur andere Geschichten erzählen und das möglichst authentisch. Mit Fakten und Zahlen kommt man nicht durch. Man kann von Menschen erzählen, deren Geschichten einen berühren und wo sich jemand denkt: so könnte es mir auch gehen. Da kann man vielleicht noch Verständnis erreichen. Auch Erfolgsgeschichten können helfen, das wurde in den letzten Jahren ja auch gut gemacht. Etwas aus dem Leben, so wie etwa „Der Pflegehelfer Umar betreut drei Pflegebedürftige“. Es geht um Bilder, die Positives vermitteln, die muss man den Bildern, die Angst und Schrecken verbreiten, entgegenhalten.

Was war über all die Jahre Ihr innerer Antrieb?

Ich habe ein Gerechtigkeitsgefühl, besonders bei sozialen Fragen. Und um hier positive Änderungen zu bewirken, braucht man einfach einen langen Atem.

Was werden Sie sich jetzt in der Pension gönnen?

Ich werde wieder mehr lesen, Literatur und historische Analysen. Ich möchte in Konzerte gehen und Sport betreiben. Und ich werde meine Besuche bei meinen Eltern in Kärnten nicht auf ein, zwei Tage beschränken, sondern länger bleiben. Aber ich plane nicht systematisch, ich lasse mich gerne auch treiben.

AUSBLICKE

„Das ist einfach absurd“

Stephanie Krisper, Menschenrechtsexpertin und NEOS-Abgeordnete über „Sicherungshaft“, lange Verhandlungen über „Asyl und Lehre“ und das fremdenfeindliche Narrativ der ÖVP.

INTERVIEW: ALEXANDER POLLAK, GUNNAR LANDSGESELL
FOTOS: MAGDALENA BLASZCZUK

Sie sind schon lange im Menschenrechtsbereich aktiv, haben ehrenamtlich als Rechtsberaterin für Asylsuchende gearbeitet. Was war Ihr Antrieb?

Das war während meines Jus-Studiums, ich wollte mich auf Menschenrechte spezialisieren. Das ist das Fundament des Rechtsstaates und der Demokratie. Wäre ich Ärztin geworden, dann wäre ich auch eher Kardiologin und nicht Schönheitschirurgin. Das Thema Menschenrechte war für mich das relevanteste Thema, für das es zu kämpfen gilt. Ich habe damals bei „Asyl in Not“ begonnen und habe auch Rechtsberatung gemacht. Das bot gute Einblicke auch dafür, welche Defizite es gibt.

Wie passt das damit zusammen, dass Sie sagen, Sie waren damals politisch nicht sehr interessiert.

Ja eben, das hat sich durch meine Arbeit verändert. In den 1990er Jahren gab es einen ÖVP-Innenminister, für mich war die ÖVP und deren christlich-sozialer Anspruch aufgrund ihres Umgangs mit Randgruppen aber nicht glaubwürdig. Diese Doppelbödigkeit halte ich nicht aus.

Sie haben sich dann auf Menschenrechte und Folter spezialisiert.

Ja, ich habe vor meiner jetzigen Tätigkeit sieben Jahre im Ludwig



Juristin Stephanie Krisper, NEOS-Abgeordnete: „Die gestalterische Freude wäre durchaus da.“

Boltzmann-Institut für Menschenrechte in der Folterprävention gearbeitet. Davor war ich für Manfred Nowak an einem Menschenrechtsgerichtshof für Sarajewo tätig, so hat sich das ergeben.

Wie sind Sie bei den NEOS gelandet?

Das war banal, ich hatte gerade ein schlechtes Bewerbungsgespräch hinter mir, als mir geraten wurde, doch ein Kommunikationstraining bei den

NEOS zu machen, in Wahrheit war das aber auch ein Training für den Nationalratswahlkampf, wie man mit den BürgerInnen spricht. Das fand ich überzeugend, weil wir darauf eingeschworen wurden, authentisch zu sein. Etwa zuzugeben, wenn man bei einem Thema noch keine Position hat. Da waren auch NEOS-Gründerinnen, die in ihren Arbeitsgebieten frustriert waren und Reformen ankurbeln wollten.

Authentisch zu sein, den Anspruch haben ja alle in der Politik.

Die Medienlandschaft ist künstlich, für mich ist es immer ein Balanceakt, auf dem Bildschirm authentisch zu wirken. Man muss kurze Statements machen, ich neige zu Thomas-Bernhard-Sätzen. Ich habe auch ein Coaching gemacht, bin aber scheinbar beratungsresistent.

Authentisch ist sicherlich, dass Sie sich auch für Leute einsetzen, die von Abschiebung bedroht sind. Fühlen Sie sich manchmal auch so ohnmächtig wie Ehrenamtliche, wenn Menschen betroffen sind, die schon längst hier Fuß gefasst haben?

Ja, so etwas erinnert mich immer sehr an die Zeit, als ich Rechtsberaterin war und ich mich fast mehr als Sozialarbeiterin und Seelentrösterin gefühlt habe, da man auf juristischer Ebene rasch an Grenzen stößt, weil die Gesetze so restriktiv sind. Meistens bekomme ich abends, viel zu spät, Anrufe, wenn Menschen in Schubhaft sind. Ich versuche dann noch mit dem Anwalt zu sprechen, das ist auch ein großer Zeitfaktor meiner Arbeit. Manche haben auch einen schlechten Anwalt, dann rate ich den Betroffenen einen Anwalt, mit dem ich gute Erfahrungen gemacht habe. Es stimmt, nur sehr selten kann man etwas erreichen. Aber ich glaube, dass es im Bereich der Menschenrechte oft nur darum geht, zusammenzuhalten und gemeinsam zu artikulieren, dass etwas nicht rechtens war.

Wo sehen Sie die wichtigsten Hebel, dass es weniger Härtefälle gibt?

Die Härtefälle gibt es in erster Linie immer noch wegen der langen Verfahren aus den Jahren 2015/2016. Damals hat man Asyl auf Zeit eingeführt und vielfach subsidiären Schutz gegeben, den man verlängern muss. Das heißt, hier werden permanent Menschen in der Warteschleife gehalten, die sich während dieser Zeit aber in die Gesellschaft integrieren. So kommt es, dass bestens integrierte Familien mit Kindern, die zum Teil hier geboren sind, vom Gesetz her abzuschieben sind. Deshalb brauchen wir schnelle Verfahren, die fair sind. Und für die Menschen, die hier sind, sollte man eine menschliche, vernünftige Lösung finden. Wenn ich denke, wie viele Stunden an Verhandlungen wir Parteienvertreterinnen bei Innenminister Peschorn wegen 800 Menschen geführt haben, obwohl sie von Unternehmern bis zu den Ortsbewohnern als bereichernd wahrgenommen werden, dann ist das einfach absurd.

Wie erklären Sie sich, dass die Politik so „absurd“ agiert?

Weil sich mittlerweile auch die ÖVP in einem fremdenfeindlichen Narrativ bewegt und die Grünen es leider auch nicht geschafft haben, im Regierungsprogramm den Fuß auf den Boden zu bekommen. Es gibt zum Beispiel kein klares Bekenntnis, dass es bei dem Herzensthema von Sozialminister Rudi Anschober, „Asyl und Lehre“, zu einer offeneren Position kommen könnte. Es bleibt offenbar dabei, dass Asylwerber gleich am Tag nach dem Lehrabschluss abgeschoben werden sollen. Menschlich gesehen ist das ein Wahnsinn, wirtschaftlich aber so unvernünftig, dass ich der ÖVP mittlerweile die Wirtschaftskompetenz abspreche.

Ist das aus Ihrer Sicht eine Koalition um jeden Preis?

Ich habe mich gefreut, dass die Grünen wieder im Parlament sind. Aber in meinem Bereich Asyl, Migration halte ich das Verhandlungsergebnis für desaströs schwach. Bei Migration gibt es sogar ei-

nen koalitionsfreien Raum und auch im Bereich des Inneren möchte die ÖVP so weiterzumachen wie unter Türkisblau. Was die Verstaatlichung der Rechtsberatung im Asylbereich betrifft, haben die Grünen es nicht geschafft, das wieder herauszuverhandeln

Sehen Sie auch Entschärfungen?

Beim Beschwerdeverfahren bei Polizeigewalt gibt es eine Willensbekundung nach Verbesserung. Allerdings hängt das im Detail von der Umsetzung ab, ob das Verfahren fair wird, sofern es überhaupt kommt. Schlimm finde ich auch, dass das Thema der „Sicherungshaft“ überhaupt ins Regierungsprogramm gelassen wurde. Das steht klar für eine Erosion des Rechtsstaates, abgesehen davon, dass wir jetzt schon alle rechtlichen Mittel ausschöpfen können, wenn es um gefährliche Menschen geht. Relevanter wäre es, mehr Geld in den Maßnahmenvollzug, in die Nachbetreuung und in psychosoziale Einrichtungen zu investieren. Die psychische Gesundheit wird in Österreich viel zu wenig unterstützt. Die Willkürhaft ist inhaltlich eine Nullnummer, aber für Stimmungsmache sicherlich gut. Was die Machbarkeit betrifft, sind die Türkis-Grünen jetzt in der Bringschuld.

Sind Sie froh, dass Sie nicht in der Bringschuld sind und Oppositionspolitik machen können?

Ich fühle mich auch in der Bringschuld, bei dem, was ich alles an Missständen wahrnehme. Wir stellen permanent Anträge, wollen einen Initiativantrag zum Transparenzpaket stellen, für das wir sehr genau Gesetzesvorschläge ausarbeiten. Die gestalterische Freude wäre durchaus da, aber die Anträge der Opposition werden generell vertagt oder abgelehnt.

Sie sind seit zwei Jahren in der Spitzenpolitik. Wie erleben Sie den Parlamentarismus? Gibt es Gestaltungsmöglichkeiten in den Ausschüssen?

Wo soll ich da bloß anfangen (lacht). Ich weiß schon vorher, dass mein



„Die Willkürhaft ist inhaltlich eine Nullnummer, aber für Stimmungsmache sicherlich gut.“

Antrag abgelehnt wird, selbst wenn es Copy&Paste aus dem Regierungsprogramm ist. Spannend ist nur, wer den Antrag mit fadenscheinigen Erklärungen ablehnt. Türkis-Blau hatte in dieser Hinsicht nahtlos die Praxis von Schwarz-Rot fortgesetzt. Seit die Regierungsparteien das Verlangen von SPÖ und uns auf Einsetzung des „Ibiza“-U-Ausschusses in den meisten Beweisthemen für unzulässig erklärt haben, bin ich skeptisch, dass sich etwas ändert.

Sie haben davon gesprochen, die guten Kräfte zu bündeln. Bei Menschenrechtsfragen vertreten Sie eine klare Position. Zur Sozialpolitik scheint es aber ein Spannungsfeld bei den NEOS zu geben, Stichwort „weniger Staat“

und „weniger Steuern“.

Also mir wird ganz übel, wenn ich denke, wie viel Geld der Staat vergeudet. Bei der Steuerlast in Österreich wäre es unlogisch, wenn es sich nicht ausgeht, den sozial Schwächeren mehr zu geben und ein besseres Gesundheitssystem für alle zu finanzieren. Aber wir sind gegen ein Gießkannenprinzip und waren deshalb letztes Jahr die einzigen, die gegen eine Erhöhung der Pensionen gestimmt haben, weil davon auch die Höchstpensionen profitiert hätten. Das war Populismus vor der Wahl.

Ist die Forderung nach einer Steuer-senkung für alle kein Populismus?

Wir wollen über Steuern insgesamt diskutieren, weil dies ja mittlerweile in-

konsistent ineinandergreifen. Klar ist, dass wir einen der höchsten Steuersätze in Europa, aber nicht den besten Wohlfahrtsstaat für alle haben. Da besteht Reformbedarf. Dazu zählt auch die Abschaffung der kalten Progression, also ja: eine Steuersenkung für alle.

NEOS fordert auch, die Mindestsicherung und Notstandshilfe zusammenzuführen. Das hat schon Türkis-Blau angedacht. Es gab damals große Bedenken, dass die Notstandshilfe abgeschafft und durch die Mindestsicherung ersetzt wird. Die ist aber rechtlich wesentlich schwächer verankert, da werden keine Pensionszeiten angerechnet, sie wird auch nur 12 Mal im Jahr ausbezahlt.

Unsere Intention ist es, dass unser Sozialsystem einfach und treffsicher ist. Die, die staatliche Hilfe benötigen, sollen sie so einfach wie möglich bekommen, und auch so lange wie nötig. Wichtig ist, dass die Betroffenen so schnell wie möglich wieder auf eigenen Beinen stehen können. Die meisten Menschen, die Mindestsicherung/ Sozialhilfe beziehen, sind „Aufstocker“. Da kommen die Leistungen dann aus zwei Systemen, das wird bürokratisch und schwierig. Das wollen wir gerne für die Betroffenen vereinfachen.

Es gibt bei den NEOS keine Bruchlinien zwischen einer eher neoliberalen und einer sozialen Richtung?

Nein, ich sehe keine neoliberale Seite. Auch in unseren Besprechungen sehe ich das nicht, wenn es um Anträge geht, die wir im Plenum einbringen, oder jene, die von Regierungsseite kommen. Da wird lange diskutiert, ob wir einem der Wahlzuckerl zustimmen sollen. Falls wir ein Zuckerl inhaltlich ablehnen, wird uns manchmal gleich klar: Ah, großartig, dann werden wir wieder als neoliberal überkommen. Wir überlegen aber dann nicht, wegen dieses Risikos mitzumachen, sondern wie wir es schaffen, unsere Ablehnung möglichst verständlich zu kommunizieren. Das gelingt nicht immer.

PERSPEKTIVWECHSEL

Das steht im Gegensatz zum Kulturkampf-Gerede

Das Volkskundemuseum lud muslimische Jugendliche ein, über ihr Alltagsleben und andere Fragen zu diskutieren. Kurator Georg Traska über den Stellenwert der Religion bei den Jugendlichen, die Kopftuchdebatte und überraschend sensible Schülerinnen und Schüler.

INTERVIEW: MUHAMED BEGANOVIC

Die Gesellschaft weiß nicht viel über Musliminnen und Muslime und dennoch werden viele Aussagen über sie gemacht“, sagt Georg Traska. Er ist Forscher an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und hat jüngst als Kurator die Ausstellung „Schulgespräche – Junge MuslimInnen in Wien“ geleitet. Im Volkskundemuseum Wien sprachen Jugendliche in Videos über ihren Alltag. Das Ziel des Projekts: Die Jugendlichen selbst zu Wort kommen lassen, statt über sie zu reden, um so die reale Vielfalt darzustellen. Die Ausstellung schloss kürzlich, aber die Videos werden im Lauf des Jahres ins Netz hochgeladen.

Was hat Sie zu diesem Projekt bewegt?

Die Idee kam mir 2014/15, als in Österreich die sogenannte „Flüchtlingswelle“ an ihrem Höhepunkt war. Ich habe die mediale Berichterstattung genau beobachtet. Es war mir klar, dass das Thema „Flüchtlinge“ eine Aufmerksamkeitskonjunktur haben wird, die Diskussionen über MuslimInnen aber bleiben werden. Der Diskurs hat sich im Verlauf des Projekts zwar verschärft, aber auch damals, als der Ton noch nicht so rau war, war es mir ein Anliegen, herauszufinden, welche der medialen Klischees wahr sind und welche nicht. Dafür mussten wir mit den Schülern auf



„Wir wollten nicht über MuslimInnen reden, sondern mit ihnen gemeinsam arbeiten.“ Georg Traska

eine ganz partizipative Weise arbeiten. Wir wollten nicht *über* MuslimInnen reden, sondern mit ihnen gemeinsam arbeiten. Es geht in unserem Projekt um die Lebenswelten der SchülerInnen.

Was wollten Sie den BesucherInnen in dieser Ausstellung zeigen?

Wir haben die Themen, über die die SchülerInnen in den Videos diskutieren, mit ihnen ausgearbeitet. Im ersten Arbeitsmodul mussten sie Fragen überlegen, die sie einander stellen wollten. In Gruppengesprächen wurde dann über diese Fragen diskutiert, wobei

sowohl MuslimInnen als auch Nicht-MuslimInnen zu Wort kamen. In der Ausstellung kann man in den jeweiligen Videos nicht immer nachvollziehen, ob die Person, die gerade spricht, muslimischen Glaubens ist oder nicht. Das war mir wichtig. Die SchülerInnen haben über ganz unterschiedliche Fragen diskutiert, wie zum Beispiel die Unterscheidung zwischen Religion und Tradition bzw. Kultur. Diese Unterscheidung hätten wir als Frage an die SchülerInnen vielleicht zu abstrakt gefunden, den SchülerInnen war sie aber wichtig. Es ist auch klar warum: Sie

erleben selbst, dass bestimmte Verhaltensweisen dem „Islam“ zugeschrieben werden, von denen sie sagen, dass sie nicht genuin islamisch, sondern kulturell bedingt sind. Uns war es wichtig, ein buntes Spektrum an Meinungen zu zeigen. Die Vielfalt kultureller und religiöser Meinungen ist auch eine individuelle Vielfalt.

In einem Video sagt ein junger Mann, dass er zwar den Koran rezitieren kann, er aber die Urknall-Theorie bevorzugt. Für mich zeigt seine Aussage und jene Aussagen der anderen etwas, das für viele MuslimInnen klar, aber nicht allgemein selbstverständlich ist: Nämlich, dass man nie nur das eine oder das andere ist sondern immer beides verinnerlicht. Man ist ja gleichzeitig zum Beispiel Muslimin und Wissenschaftlerin oder Muslim und Schriftsteller.

Genau! Es wäre völlig illusorisch zu glauben, dass Religion eine absolute Priorität in der Entwicklung der Identität hat aber das ist genau das, was in Bezug auf die MuslimInnen medial immer suggeriert wird.

Wie viel Material haben Sie im Laufe des Projektes gesammelt?

Wir haben etwa 60 Stunden an Videoaufnahmen. Insgesamt nahmen rund 100 SchülerInnen und 20 LehrerInnen an dem Projekt teil. In 15 Videos sind 65 SchülerInnen, 14 LehrerInnen, zwei Direktoren und zwei VertreterInnen der Schulbehörde zu Wort gekommen.

Es gibt zum Beispiel drei Videos, die sich dem Kopftuch widmen. Man könnte also ruhig eines überspringen?

Nicht unbedingt, die drei Videos behandeln unterschiedliche Schwerpunkte. In einem Video geht es um die individuelle Einstellung zum Kopftuch, in einem anderen um den medialen Diskurs über das Kopftuch. Natürlich gibt es Überschneidungen, aber der Fokus



Interessant ist, dass Nicht-MuslimInnen das Kopftuch weitaus stärker politisieren als MuslimInnen.

ist ein anderer. In dem dritten Video geht es um Diskriminierung und da ist das Kopftuch ein Hauptgegenstand der Diskriminierung: weil das Kopftuch sichtbar und ein extrem politisierter Gegenstand ist. Ein interessantes Ergebnis ist auch, dass Nicht-MuslimInnen das Kopftuch weitaus stärker politisieren als MuslimInnen. Darauf zu insistieren, dass das Kopftuch *immer* ein Symbol des politischen Islams sei, ist völliger Unsinn.

„Zu glauben, dass Religion eine Priorität in der Entwicklung der Identität hat, ist illusorisch.“

Was waren Ihre größten Aha-Momente im Lauf des Projektes?

Es gab einzelne Sätze, die einen so erfreuen. Ein Schüler hat einmal etwas gesagt, das ich super fand: „Nach dem Tod werden wir alle überrascht werden. Es ist doch kein Grund darüber zu streiten.“

Die größte allgemeine Überraschung für mich war, dass Schüler und Schülerinnen im AHS-Alter sehr gut und behutsam miteinander umgehen. Sie sagen auch von sich, dass sie merken, dass junge Menschen besser miteinander umgehen als die Erwachsenen. Die LehrerInnen sagen übrigens genau das Gleiche. Ich dachte mir: Das steht ja vollkommen im Gegensatz zur Rede von einem Kulturkampf im Klassenzimmer. Es ist natürlich möglich, dass es Unterschiede zwischen einer Neuen



Mittelschule und einer AHS gibt. Aber auch wenn dem so ist, ist es trotzdem ein Hinweis, dass es weniger um kulturelle oder religiöse und vielmehr um soziale Unterschiede geht.

Würden Sie sagen, man kann diese Ausstellung als eine Art Gegengift zu einer einseitigen Berichterstattung sehen? Wie müsste es da Ihrer Meinung nach weiter gehen?

Schwierige Frage. Ich habe auch kein Rezept dafür, wie man „Grautöne“ statt Schwarz-Weiß-Malerei in die Medien bringen kann. Das setzt nämlich immer eine Bereitschaft voraus, sich offen und geduldig mit der Materie zu beschäftigen. Aber sagen wir es mal so: Bevor man ein Gesetz zum Verbot des Kopftuchs macht, sollte man eine ordentliche Erhebung durchführen, wer aus welchen Gründen ein Kopftuch trägt. Das könnte man in einer repräsentativen quantitativen Studie angehen.

Die Aussage der Integrationsministerin Susanne Raab (ÖVP), dass Mädchen das Kopftuch *nie* freiwillig tragen, lehne ich ab. Es gibt keine Grundlage für diese Aussage, denn es gibt keinerlei wissenschaftliche Untersuchungen dazu. Diese pauschale Aussage als Grundlage für ein Gesetz heranzuziehen ist absolut falsch. Falls aber solche Gesetze beschlossen werden, dann müssen sie natürlich alle Religionen betreffen. Man kann nicht einfach Gesetze, die nur den Islam betreffen, beschließen.



Flüchtlingslager Vucjak, 500 Kilometer entfernt von Wien.

AKTION

SOS Balkanroute: „Ein bißchen Feuerlöschchen“

Als der Rapper Petar Rosandić aka Kid Pex zum ersten Mal das Horror-Flüchtlingslager Vučjak sah, begann er gemeinsam mit anderen Hilfslieferungen zu organisieren. Vučjak gilt als einer der größten Schandflecke europäischer Asylpolitik. Trotz der Schließung besteht das Problem weiter. Ein Bericht.

TEXT: PETAR ROSANDIĆ – KID PEX, FOTOS: BEN OWEN-BROWNE, SOS BALKANROUTE

Wie so oft im Leben: Alles fing mit einem Telefonanruf an. Am anderen Ende war meine gute Freundin, die oberösterreichische Flüchtlingsmutter Brigitte Holzinger aus Krensmünster. „Du, Pero, ich brauche deine Hilfe. Lass uns gemeinsam nach Bosnien fahren und dort Spenden hinbringen“,

sagte Brigitte. „Die Situation dort ist wirklich schlimm.“ Schon einige Tage später traf ich mich mit den ersten SpenderInnen aus Wien, Brigitte sammelte fleißig in Oberösterreich und ihre Freundin Heidi Pohl in Tirol. Eine Woche später holte ich den VW-Bus der solidarischen Wienerin Karin und wir fuhren Richtung Bosnien los.

Böses Erwachen

Was wir damals im September 2019 im Horror-Flüchtlingslager Vučjak – auf Einladung des deutschen Humanitäters Dirk Planert – gesehen haben, begleitet uns eigentlich bis heute: Es sind die hässlichen Bilder, die Bundeskanzler Sebastian Kurz ankündigte, als er sich damit rühmte, die Balkanroute ge-

schlossen zu haben. Nur 515 Kilometer von Wien entfernt trafen wir Menschen, die irgendwo im Nirgendwo von Bosnien-Herzegowina ums Überleben kämpften. Oder, wie sie es selbst nannten: „Hier, im Dschungel“, auf dem Grundstück einer ehemaligen Mülldeponie in den Bergen hinter der Stadt Bihać. Ohne Strom, Heizung und Sanitäranlagen, mit beschränktem Zugang zu Wasser, mit nur einer kleinen Mahlzeit täglich, gelegen neben einem Minenfeld aus dem letzten Bosnienkrieg. Vučjak wurde nicht nur zum Symbol der Entsorgung und Vertreibung der Flüchtlinge aus der Innenstadt von Bihać in den bosnischen Dschungel, sondern zum größten Schandfleck gegenwärtiger europäischer Asylpolitik. So sehr wir uns auch vorbereitet haben und die damals noch sehr wenigen, aber doch schockierenden Medienberichte gelesen haben: Unsere schlimmsten Erwartungen wurden vor Ort übertroffen. Viele der Geflüchteten waren mitteilungsbedürftig und suchten das Gespräch mit uns. Und ebenso viele hatten Gips Hände, Verletzungen und Wunden: Sie alle erzählten von den gewaltsamen Push-Backs der kroatischen Grenzpolizei, die sie im „Game“ abbekommen haben. „Game“, das ist die selbstironische Bezeichnung des Versu-

Viele der Geflüchteten waren mitteilungsbedürftig und suchten das Gespräch mit uns.



„Hier im Dschungel“: Ohne Strom, Heizung und Sanitäranlagen.

chs, die Grenze – von der Polizei unbe-
merkt – zu übertreten. Für die meisten
bedeutet „Game over“ in dem Fall nicht
nur Schläge der Polizei zu bekom-

Schließung der Balkanroute: Es sind die hässlichen Bilder, die Bundeskanzler Kurz angekündigt hatte.

men, sondern auch, dass einem jegli-
ches Hab und Gut abgenommen wird.
Handys werden zerschlagen, die Schu-
he werden einem weggenommen.

Die Aktion beginnt: SOS Balkanroute

Auf dem Rückweg nach Wien herrschte damals eine bedrückte Stimmung. Aber es gab auch einen Konsens: „Wir müssen etwas tun“. Sofort nach der Rückkehr in Österreich organisierten wir Sammeltermine, trommelten Leute zusammen und organisierten Räumlichkeiten, in denen wir die Spenden lagern konnten. Es war die Geburtsstunde der Initiative „SOS Balkanroute“, die mittlerweile auf 7 Transporte, 11 LKWs (die zwei gemeinsamen Transporte mit der NGO „We help“ miteingerechnet), 13 Großtransporter und noch mehr PKWs mit Hilfsgütern zurückschauen kann. Ich bemühte mich nach der Rückkehr, alle meine medialen Kontakte, die ich durch meine Musik oder durch meine journalistische Aktivität hatte, zu mobilisieren. Die unermüdliche Brigitte Holzinger rief Gott und die Welt an, um von Bosnien zu erzählen. Letztendlich konnten wir doch etwas erreichen: Puls4 kam mit und berichtete, FM4 schickte zweimal einen Journalisten mit, zu einer Zeit, als scheinbar niemand von den Mainstream-Medien so richtig über das Thema berichten wollte. Dabei ist die betroffene Region von der steirischen Grenze nur drei Stunden entfernt.



Petar Rosandic (2. von links) und HelferInnen. Mittlerweile organisierte man sieben Hilfstransporte.

Widerstand bosnischer Flüchtlingsmütter

Zur Zeit wo ich diesen Bericht schreibe, haben wir bereits unseren siebten Transport hinter uns – zugleich auch unseren schwierigsten: Seitdem Kroatien die EU-Ratspräsidentschaft übernommen hat, wird die Grenze der „Festung Europa“ auch eine Hürde für all jene, die humanitäre Transporte organisieren. Wo uns vorher kein einziger kroatischer Grenzbeamter kontrolliert hat, wird jetzt akribisch hingeschaut: Zwei Packerl Tee werden zu einem Problem gemacht. Letztendlich schaffen wir es auch diesmal, alles über die Grenze zu bringen – wenn auch mit Problemen und Verzögerungen.

So wie die letzten zwei Hilfstransporte ging auch dieser an die bosnischen Flüchtlingsmütter, die – im Unterschied zu EU-Politikern, Staat und gut bezahlten, großen Organisationen – wahrlich Verantwortung übernommen haben. Im schmutzigen Sumpf des Elends vergessener, geflüchteter Menschen, in dem Politiker, internationale und bosnische Organisationen eher durch gegenseitiges Schuldzuweisen, Verschwenden von Geldern oder Entsorgen der Flüchtlinge auf ehemalige Mülldeponien auffallen, zählen diese Frauen zu den letzten Botinnen der Menschlichkeit. Zemira Gorinjac aus

Bihać und Zehida Bihorac aus Velika Kladuša sind die Ute Bocks von Bosnien: Was sie leisten, ist schwer in Worte zu fassen. Trotz eigener Armut und der schwierigen wirtschaftlichen und politischen Lage in Bosnien-Herzegowina, trotzen bosnische Frauen der dortigen Hetzpropaganda und sind jeden Tag draußen, um zu helfen. Bei Zemira Gorinjac habe ich den Eindruck, sie würde – noch dazu durch ihren Glauben getragen – durch das Feuer gehen. Dazu gehört auch, sich mit loka-

**An der kroatischen Grenze:
zwei Packerl Tee
werden zu einem
Problem gemacht.**

len Polizisten anzulegen: „Ich nehme nur meine Jungs in Schutz.“ Diese beeindruckenden Frauen werden auf unsere Einladung Mitte März Österreich besuchen und bei von uns veranstalteten Informationsveranstaltungen über die Lage entlang der Balkanroute sprechen. Die Termine kann man auf SOS Balkanroute auf Facebook sehen. Nach der humanitären Offensive, die all unsere Zeit und Ressourcen in Anspruch genommen hat und im Grunde ein Feuerlöschen bleibt, planen wir nun eine informative Kampagne. Denn, auch uns ist klar, dass das Thema trotz der

Nähe von 280 Kilometer Luftlinie zur österreichischen Grenze nicht genügend Beachtung findet.

Renaissance der „Nachbar-in-Not“-Mentalität

So stressig es ist, immer wieder von Null anzufangen (sowohl bei Geld- als auch bei Sachspenden), so mühsam die Grenz- und Polizeikontrollen sind: Ich bin sehr stolz, all die Leute kennengelernt zu haben und auf so viele helfende Hände gestoßen zu sein. Manchmal fühle ich mich auch in meine Kindheit und mein Ankommen in Österreich versetzt, als überall dieser „Nachbar-in-Not“-Spirit zu spüren war. Eines ist mir dabei noch bewusster als vorher geworden: Österreich ist definitiv nicht gleichzusetzen mit seiner Asylpolitik. Noch ist Hopfen und Malz nicht verloren: ob das nun Bernhard Rabitsch aus der Falco-Band ist, der auf seiner Geburtstagsparty Spenden für überlebenswichtige Schlafsäcke sammelt, die Organisation „Fair play“, die in österreichischen Fußballvereinen Sachspenden für uns gesammelt hat – oder auch die Wiener Adriatic Gruppe, die nicht nur die Ethnolebensmittelregale im Billa versorgt, sondern zumindest für die nächsten sechs Monate Nahrung für die wilden Flüchtlingscamps in Bihać und Velika Kladuša zur Verfügung stellt

Spenden an:

IBAN: AT42 1500 0002 9105 8428

bei Oberbank. BIC: OBKLAT2L

Verwendungszweck: SOS Balkanroute

Kontoinhaber:

Flüchtlingshilfe Kremsmünster

Veranstaltungstermine unserer Info-Tour mit den Flüchtlingsmüttern:

„SOS Balkanroute: Wie brutal ist unsere Grenzpolitik?“

13.3.2020, Graz, KPÖ Bildungsverein, 19:00

14.3.2020, Wien, Rosa-Luxemburg-Konferenz, VHS Hietzing, Kursraum 12, 15 Uhr

Neues aus der Parallelgesellschaft

Österreichische Muslime werden oft als religiöse Fanatiker oder als Parallelgesellschaftler portraitiert, den Durchschnitt sucht man vergeblich. Ein persönlicher und humorvoller Blick auf den Alltag einer wienerisch-muslimischen Suderantin.

TEXT: NOUR EL-HOUDA KHELIFI

Ein neuer Tag, eine weitere Reise. Für andere bedeutet Reisen Unbeschwertheit, relaxen, sich freuen, mit Leichtigkeit in den Urlaub hineinstarten. Und dann gibts mich. Für mich fängt der ganze Stress schon zuhause beim Packen an. Flughäfen bedeuten für mich nämlich nur Racial Profiling, Stress, Paranoia und noch mehr Racial Profiling. Bei meinem Handgepäck überleg ich's mir dreimal, ob ich jetzt die eine Feuchtigkeitscreme brauche oder nicht. Ja sogar bei meiner Outfitwahl muss ich mir darüber den Kopf zerbrechen, was „nett“ aussieht und nicht nach Djihad-Couture aussieht. Schwarzes Kopftuch also ein No-Go, genauso wie schwarze Oberteile oder Hosen. Ich möchte unbedingt den Look vom Mädli nebenan kreieren, um bloß keine Aufmerksamkeit bei den Security-Check Menschen zu erregen. Sogar an bügellose BHs denke ich, damit dieses gottverdammte Teil, durch das man hindurchgehen muss, nicht immer penetrant aufpiept. An dem besagten Tag war es dann doch ein schwarzer Kapuzenpulli, aber mit einem kleinen süßen floralen Muster von der Schulter abwärts. Und so sehr ich mich auch mental vorbereite, wenn ich in der Schlange vom Securi-

ty-Check stehe und schon alles vorbereite, meine Taschen leere, sie dreimal kontrolliere, ob sie auch leer sind und mein Handgepäck eigentlich besser inspiziere, als die Menschen deren Aufgabe das wäre. Wer wird mich heute ganz zufällig aus der Schlange ziehen und kontrollieren? Irgendwann komme ich also dran, laufe durch den Detektor durch und, nanonaned, piept das verdammte Teil. „Haaaalt, stop, einmal kurz zu mir hier auf der Seite!“ Mhhhhm, da ist er, der Wiener Charme. Keine Begrüßung, kein Entschuldigen Sie. Mit ausgebreiteten Armen stehe ich also da und ich spüre förmlich die Gedanken aller anderen um mich herum. Obwohl meine Arme nie abgetastet werden, muss ich trotzdem jedes Mal wie ein Hampelmann da stehen. Denn das einzige was abgetastet wird, ist mein Kopf. Selbst wenn ich irgendwas planen sollte, warum sollte ich es unter dem Kopftuch verstecken, das auffälligste aller Merkmale an mir? Wenn ich schon einen kriminellen Weg einschlage, dann einen genialen. Ich würd Sachen in Leberkäse schmuggeln, oder Grammeln und Schmalz. Dinge, die so banal sind, dass man nie im Leben drauf kommen würde. Aber wieder zurück zum Thema.

„Sammeln Sie Treuepunkte?“

Ich komme mir jedes mal wie ein Äffchen vor, dass von seiner Orang-Utan Mama am Kopf befangert wird, um irgendein Ungeziefer herauszupicken. Nachdem ich diese Schmach über mich ergehen lassen muss, wartet schon der nächste Endgegner auf mich und möchte mit einem Streifen meine Kleidung und meinen Koffer auswischen, um mich auf Sprengstoffspuren zu kontrollieren. Manche dieser Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen denken, ich fliege zum ersten Mal oder spreche kein Deutsch, denn in 90 Prozent der Fälle, wo so ein Sprengstofftest bei mir ansteht, fangen sie einfach an und kündigen nicht an, was sie machen werden. Also kratze ich auch jedes Mal meinen Wiener Charme zusammen und frag' ganz ungeniert, was das werden soll und warum seine Arbeitsschritte nicht ankündigt. Und ab da sind dann die besagten Personen entweder ganz höflich unterwegs oder eben nicht. Deswegen mein Vorschlag: Wäre schön, wenn man das System des Treuepunkte Sammelns auch am Flughafen einführen könnte. Mit all den Punkten die ich hätte, könnte ich Pfannen und Geschirr für 20 Haushalte einlösen.

POPULÄR GESEHEN

Die Welt verlieren

„Den meisten kann man vertrauen. Stimmt das?“, fragt die Statistik Austria. Am wenigsten Zustimmung kommt von denjenigen, die schlechte Jobs haben oder an der Armutsgrenze leben.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

Sie klopfen an 5.000 Türen. Und fragten: Was läuft gut, was schlecht an Ihrem Wohnort? Was würden Sie gerne ändern? Die Gespräche fanden in jeweils drei Regionen Deutschlands sowie Frankreichs statt. Dabei beantworteten die Leute allgemeine Fragen zu ihrer individuellen Lage sowie zur Sicht auf ihr Lebensumfeld. An allen Orten, an denen die Gespräche stattfanden, gibt es besonders starke Zustimmung zu ausgrenzenden und autoritären Strömungen. Alle Befragten haben sehr offenherzig und lange erzählt. Der Redebedarf war groß und die Erfahrung gut, einmal wahrgenommen zu werden. Das, was alle beschäftigte, das, was alle zur Sprache brachten, das, was in jedem Gespräch sich in der Tiefe äußerte, war: Wir sind hier verlassen worden. Ich bin verlassen. Vergessen und abgelegt. Einsam und isoliert. Der letzte Greißler hat geschlossen, der letzte Bus ist eingestellt, der letzte Job ist abgewandert. Die Welt gibt es da draußen, aber ich bin nicht mehr mittendrin. Die Welt mag tönend, farbig, warm und frisch sein. Meine Welt ist es nicht (mehr). In Österreich sagen 17 Prozent, dass

sie im Ernstfall auf niemanden zählen können. Dass also niemand da ist, wenn man Hilfe braucht. Dass die Welt fremd geworden ist zu einem selbst. Wer sich von allen guten Geistern verlassen fühlt, verliert auch das Vertrauen in die Welt rundum.

„Den meisten kann man vertrauen. Stimmt das?“, fragt die Statistik Austria. Am wenigsten Zustimmung kommt von denjenigen, die schlechte Jobs haben, die an der Armutsgrenze leben, die am Rand stehen. Wir sprechen hier nicht vom selbst gewähltem Alleinsein (solitude), das uns im Fasten oder Schweigen Kraft gibt. Unfreiwillige Einsamkeit (loneliness) macht krank und belastet den Alltag. Einsamkeit bedeutet, sich von der Welt getrennt zu fühlen. Keine Handlungsspielräume zu haben, weniger Anerkennung zu bekommen und von Dingen ausgeschlossen zu sein, über die andere sehr wohl verfügen, ist Ausdruck einer sozialen Krise, in der auf Dauer unsere Selbstwirksamkeit und unser Weltsinn leidet. Was tun? Vieles. Siehe oben. Wie beginnen? An 5.000 Türen klopfen.

POLIZEIKOLUMNE

Mehr Polizei

Angriff mit Worten. In Berlin lernte die europäische Polizeielite den Rechtsstaat sprachlich in sein Gegenteil zu verkehren.

PHILIPP SONDEREGGER
BEOBACHTET DIE EXEKUTIVE.
Illustration: Petja Dimitrova

Alljährlich findet in der deutschen Hauptstadt Berlin der europäische Polizeikongress statt. Unweit des Alexanderplatzes finden sich Innenminister, Polizeiführerinnen und Unternehmen aus der Sicherheitsbranche ein. Sie erörtern Fragen der Inneren Sicherheit. Vereinzelt reisen auch Wissenschaftlerinnen an. Dominiert wird die Debatte aber von der Sicherheitswirtschaft. Die Unternehmen finanzieren Panels um ihren Produkten Aufmerksamkeit zu verschaffen. In den Pausen kann man an Produktständen Sturmgewehre berühren oder sich von der Leistungsfähigkeit der neuesten Überwachungssoftware überzeugen.

Das Gipfeltreffen hat auch für Österreich Relevanz. Debatten, die am Berliner Polizeikongress hochgezogen werden, finden früher oder später auch in der Wiener Herrengasse - dem Sitz des Innenministeriums - ihren Niederschlag.

Der Titel der heurigen Veranstaltung war „Rechtsstaat durchsetzen“. Doch wer auf eine kritische Selbstreflexion der Exekutive gehofft hatte, musste enttäuscht werden. Unter Rechtsstaatlichkeit wurde hier nicht der Schutz vor staatlicher Willkür

CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

verstanden, sondern die Abwesenheit von Kriminalität. Nicht überbordende Befugnisse, überzogen Einsätze oder Rechtsschutzlücken bedrohen in dieser Lesart den Rechtsstaat - sondern Clans, Parallelgesellschaften und das Darknet. Ach, hätte die Polizei nur die Mittel, den sozialen und digitalen Raum gänzlich zu durchdringen, dann könnte sie die Diskrepanzen zwischen Recht und gesellschaftlicher Wirklichkeit beseitigen. Wohin kann dieses bittersüße Ideal einer Gesellschaft ohne Devianz und Delinquenz münden, wenn nicht in den Autoritarismus?

Die absurden Konsequenzen der begrifflichen Umdeutung illustrierte Dieter Romann, Chef der deutschen Bundespolizei. Der Verantwortliche für die rechtswidrigen Grenzkontrollen an der bayrischen Grenze propagierte eine ganz eigenwillige Stärkung des Rechtsstaats. Bootsflüchtlinge aus dem Mittelmeer will er nach Ägypten „anlanden“ anstatt ihr Asylgründe zu prüfen, wie es der europäische Grundrechtsschutz unmissverständlich verlangt. Man darf schon gespannt sein, wann diese semantische Perverterung des Rechtsstaats Nachahmer in Österreich findet.

Raus aus der Opferrolle

Die Opferrolle – wir spielen sie alle hin und wieder. Doch der Vorwurf der Opferrolle wird auch gern als Waffe verwendet.

CLARA AKINYOYOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION. Illustration: Petja Dimitrova



Clara Akinyosoye ist Journalistin bei ORF.at und Ex-Chefredakteurin von M-Media.

Unlängst – es war bei einer Gruppenwanderung im Waldviertel - kam ich mit einem Mann ins Gespräch. Wir sprachen offenerherzig über Karriere, Beruf, die sogenannte Work-Life-Balance. Es war ein Mann der klaren Worte: „Raus aus der Opferrolle“, rief er mir schließlich mit Verve zu. Der Tritt in den Hintern, sagte ich ihm später, habe gutgetan. Die Opferrolle. Ich meine, jeder und jede weiß sie zumindest hin und wieder zu spielen. Hin und wieder, sage ich ganz offen, ist sie auch mir nicht fremd. Und Ihnen auch nicht, oder? Wer selbstkritisch genug ist, kann meist auch ertragen, wenn er oder sie darauf aufmerksam gemacht wird, dass man es sich in der Opferrolle ein bisschen zu bequem gemacht hat. Aber bisweilen wird der Vorwurf der Opferrolle einfach als Keule für ethnische und religiöse Minderheiten gebraucht, die auf Ungerechtigkeiten aufmerksam machen. Wer auf Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen hinweist, wird mitunter – ich nenne es – „niedergekeult“. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Nach den Terrorakten in Frankreich vor einigen Jahren fand ich mich immer wieder in

kontroversen Gesprächen über MuslimInnen wieder. Die müssten mal raus aus der Opferrolle, hieß es oft. Überall würden sie Diskriminierung rufen, dabei sei vielmehr Selbstreflexion über die eigene Community und Religion angebracht. Nun kann Selbstreflexion nie und niemanden schaden, aber viele MuslimInnen berichteten von echten schmerzlichen Erfahrungen, von einem immer rauer werdenden Klima. Sie versuchten zu Recht, sich Gehör zu verschaffen. Mittlerweile haben wir es mit einer Stimmung gegen MuslimInnen und Menschen mit Wurzeln aus arabischen Ländern zu tun, die ein erschreckendes Ausmaß angenommen hat. Eine heimische Studie zeigte kürzlich, die österreichische Bevölkerung würde die Rechte von MuslimInnen gerne beschränken. Und wir blicken in der westlichen Welt mittlerweile auf Attacken Rechtsextremer auf Moscheen zurück – mit Toten und Verletzten. Musliminnen und Muslime, die vor wachsendem Hass warnten, und mit der Opferkeule bearbeitet wurden, gibt die traurige Gegenwart Recht.

POPULÄRKULTUR

BUCH



12 Wochen in Riad

Seit einigen Jahren haben die Medien Saudi Arabien entdeckt und berichten über das seit Prinz Salman nicht mehr ganz so abgeschottete Land. Was man erfährt, ist nie langweilig: Frauen dürfen

nun Autofahren, ein Journalist wird grausam ermordet. In anbetracht des allgemein gestiegenen Interesses bietet dieses Buch eine gute Lektüre: Spiegel-Auslandsreporterin Susanne Koelbl gibt in einer Mischung aus Reportage, Landeskunde und Politik-Exkursen Einblicke in viele Themen. Die Schwierigkeiten erzkonservativer Männer im Norden, die vorsichtige gesellschaftliche Liberalisierung mitzuvollziehen; die hartnäckige Diskriminierung einer ganzen Bevölkerungsgruppe, der Schiiten im Osten des Landes; die machtpolitische Logik des saudischen

Königshauses, sich mithilfe der Öl-Milliarden die Loyalität von Ländern wie Tunesien oder des ägyptischen Machthabers al-Sisi zu sichern. Mit dem Iran oder den Muslimbrüdern verbindet die Saudis seit Jahrzehnten eine innige Feindschaft. Koelbl trifft aber auch zahlreiche Leute in dem Wüstenstaat und lässt in den überraschend offenen wirkenden Begegnungen ein buntes Bild entstehen. „12 Wochen in Riad“ bietet keine politikwissenschaftliche Analyse, dafür eine anregende Einführung mit einer guten Balance, jene ohne Vorwissen nicht zu überfordern,

und Interessierte mit neuen Details zu versorgen. Positiv fällt auf, dass Koelbl über das Land und dessen sektiererische, extremistische Islam-Interpretation kaum eigene Wertungen einbringt und einem bei der Lektüre ermöglicht, sich selbst ein Bild zu machen. Dafür zieht sie eine möglichst direkte Linie zwischen ihren GesprächspartnerInnen in Saudi Arabien und den LeserInnen. (gun)

Susanne Koelbl

12 Wochen in Riad. Saudi-Arabien zwischen Diktatur und Aufbruch

Verlag DVA, 2019

320 Seiten, 22 Euro

BUCH



Machtkampf im Ministerium

Susanne Wiesinger legt mit „Machtkampf im Ministerium“ ihr zweites Buch vor, diesmal zusammen mit Jan Thies. Das Buch setzt zwei

Schwerpunkte, zum einen die Kritik am Einfluss von Parteipolitik auf Bildungsfragen und zum anderen problematische Zustände an Schulen. Interessant ist die inhaltliche Positionierung von Wiesinger. Sie übt Kritik an separierten Deutschförderklassen und spricht sich gegen die Frühselektion von Kindern im Alter von 10 Jahren aus. Wiesinger ist darüber hinaus der Ansicht, dass es Ethikunterricht für alle geben sollte. Diese Positionierungen beschreibt Wiesinger als wesentliche Konfliktfelder in ihrem Verhältnis zum Bildungsministerium und

zum „Message Control“ der Bundesregierung. In einem Konflikt mit linksgerichteten Kreisen sieht sich Wiesinger demgegenüber bei ihrer Forderung nach Bestrafung von Eltern durch Beihilfenkürzungen.

Wiesinger flicht eine Reihe an Erfahrungsberichte in das Buch ein und zeigt soziale, bildungsbezogene und religionsbezogene Problemfelder auf. Dabei gleitet sie mehrmals in einen Wir-Sie-Diskurs ab. Sie verortete Kinder mit muslimischem Hintergrund als „Andere“, die erst „unsere“ Werte lernen müssen. Soziale Probleme und

Bildungsferne-Probleme reduziert sie an einigen Stellen auf ein einziges Problem, nämlich konservativen Islam. Der Ombudsfrau-Tätigkeitsbericht von Wiesinger, der auf der Webseite des Bildungsministeriums heruntergeladen werden kann, beschreibt einen Großteil der Problemlagen und Lösungsansätze nüchterner und differenzierter als das Buch. (apo)

Susanne Wiesinger

Machtkampf im Ministerium. Wie Parteipolitik unsere Schulen zerstört

Edition QVV, 2020

234 Seiten, 22 Euro

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun), Petja Dimitrova
(Porträt-Illus), Alexander Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder),
P.M. Hoffmann, Eva Vasari (Illustrationen), Clara Akinyosoye,
Eva Maria Bachinger, Philipp Sonderegger, Baruch Wolski

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Valentine Auer, Florian Bayer, Barbara Blaha,
Eva Maria Bachinger, Muhamed Beganovic, Nour Khelifi,
Manfred Nowak, Alexander Pollak, Petar Rosandic, Martin
Schenk, Heidi Schrod, Philipp Sonderegger, Magdalena Stern,
Brigitte Theißl

BUSINESS DEVELOPMENT: Magdalena Summereder

COVERBILD: P.M. Hoffmann

ARTDIREKTION: Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH,
Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Katharina Hofmann-Sewera
office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

ABOS: Sonja Kittel, abo@momagazin.at
T +43 1 524 99 00-18

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

AUFLAGE: 40.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,
Mail: office@sosmitmensch.at
Web: www.sosmitmensch.at
ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und
Herausgeberin: SOS Mitmensch
Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak,

Gerlinde Affenzeller;

Obmann: Max Koch

Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,

für Menschenrechte, Demokratie

und Migration

ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590

BIC: BAWAATWW

MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen

Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte,

Demokratie und Migration. Der Nachdruck der Beiträge ist bei

Nennung der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren

ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht ausgewiesen

ist. Die Rechte der Fotografien liegen bei den

UrheberInnen. Falls kein/e Urheber/in ausgewiesen ist:

SOS Mitmensch.



20. Kunst

Auktion 2020

21. April 2020, 19 Uhr
Aula der Wissenschaften
Wollzeile 27a, 1010 Wien
www.sosmitmensch.at
20. Jubiläums-Kunstauktion zeitgenössischer
Kunst zugunsten von SOS MITMENSCH

**„Menschenrechte gehen
uns alle an. Mir ist die
unabhängige Aufbereitung
von Menschenrechtsthemen
im MO-Magazin von SOS
Mitmensch 86 Euro im
Jahr wert. Ihnen auch?“**

Cornelius Obonya



ABO-BESTELLUNG

MO-Soliabo – 4x jährlich MO lesen um 86 Euro

ZAHLUNGSART

Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

E-Mail

Zahlschein

LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail

E-Mail abo@momagazin.at

Fax 01/524 99 00-9

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte
im Auge behalten!**

INTEGRATION

Zu wenige Deutschkurse für Asylsuchende

Eine aktuelle Bundesländer-Erhebung von SOS Mitmensch kommt zum alarmierenden Ergebnis, dass sich der Zugang von Asylsuchenden zu Deutschkursen deutlich verschlechtert hat. Viele haben derzeit keine Möglichkeit, einen passenden Kurs zu besuchen. Tirol, Wien und Oberösterreich sind noch vergleichsweise gut aufgestellt. Schlusslicht beim Deutschkursangebot sind die Stei-

ermark und Niederösterreich. Wesentlicher Grund für die Verschlechterung ist, dass der Bund unter Türkis-Blau aus der Finanzierung von Deutschkursen für Asylsuchende ausgestiegen ist. Einige Länder haben daraufhin ihr Kursangebot einfach eingestampft. Wir fordern ein Ende des Lotteriespiels für Asylsuchende, ob sie in einem gut oder schlecht aufgestellten Bundesland landen!



Verschlechtert: der Zugang zu Deutschkursen.

BENEFIZAUKTION ZEITGENÖSSISCHER KUNST

Jubiläumsbenefizauktion am 21. April 2020

Die Benefizkunstauktion von SOS Mitmensch feiert ihr 20-jähriges Jubiläum. Heuer haben besonders viele namhafte KünstlerInnen Werke zugunsten unserer Menschenrechtsarbeit gespendet. Über 100 Exponate werden in der Aula der Wissenschaften ausgestellt und vom Dorotheum versteigert. Von Arnulf Rainer, Peter Weibel, Markus Prachensky, Günter Brus und Gunter Damisch über Uli Aigner, Lisl Ponger, Christian Ei-

senberger und Gelatin bis Alfredo Barzaglia, Anna Witt und Constantin Luser – um nur einige stellvertretend zu nennen. Ihnen allen gilt seit 20 Jahren unser sehr herzlicher Dank!

*Zeit: Dienstag, 21. April 2020, 19.00 Uhr
Ort: Aula der Wissenschaften, Wollzeile 27a, 1010 Wien
Vorbesichtigung: 20. April 15 bis 19 Uhr, und 21. April ab 9 Uhr.*

Kontakt: katharina.hofmann-sewera@sosmitmensch.at

Ab Mitte März liegt der Katalog auf. Die Exponate sind auf www.sosmitmensch.at und www.dorotheum.at zu sehen. Gebote können auch telefonisch oder schriftlich abgegeben werden. Ein besonderes „Zuckerl“ ist die teilweise steuerliche Absetzbarkeit der Werke. Für Details kontaktieren Sie bitte Ihre Steuerberatung oder das Finanzamt.

Bericht zu antimuslimischem Rassismus

SOS Mitmensch hat im Jahr 2019 mehr als 20 antimuslimisch-rassistische Kampagnen in der österreichischen Spitzenpolitik beobachtet, dokumentiert und analysiert. Gemeinsam mit ExpertInnen haben wir unseren Bericht präsentiert. Es braucht endlich klare Signale der verantwortlichen Politik gegen die ausufernden Hetzkampagnen.

Mehr als 10.000 Frauenrechts-Broschüren verteilt

Unsere Informationsbroschüre „Mädchenrechte – Frauenrechte – Frauenschutz“ hat dank der Kooperation mit der Bildungsdirektion Wien bereits mehr als 10.000 SchülerInnen in Wien erreicht! Jetzt versuchen wir auch Mädchen und Burschen in den anderen Bundesländern zu erreichen und dafür die Unterstützung des Bildungsministeriums zu gewinnen!

24. April: Gesellschaftsklimatag!

„Durchs Reden kommen die Leute zusammen“, so die Devise des Gesellschaftsklimatages, der von SOS Mitmensch gemeinsam mit anderen NGOs am 24. April stattfindet. Durch „Sprechstunden der Vielfalt“ sollen dabei möglichst viele miteinander in Dialog über das Zusammenleben und Demokratie kommen. Infos: www.gesellschaftsklima.at



Etwas für das Gesellschaftsklima tun. Seit 2014 gibt es den Gesellschaftsklimatag.

ANDERE ÜBER...

Teufelskreis bekämpfen

Beim Versuch, über das Mittelmeer Europa zu erreichen, sind seit Beginn dieses Jahrhunderts mehr als 30.000 Menschen ertrunken. Wir brauchen u.a. die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Asyl- und Migrationsrechts, um auch eine legale Einwanderung nach Europa zu ermöglichen.

KOMMENTAR: MANFRED NOWAK

Während zur Zeit des Kalten Krieges Flüchtlinge willkommen waren und Gastarbeiter aktiv angeworben wurden, stieg seit der Globalisierung die Zahl der MigrantInnen, die nach (West)Europa kommen wollen, stark an. Die europäischen Staaten reagierten mit einer schrittweisen Verschärfung ihrer Asyl- und Migrationspolitik, so dass es fast unmöglich geworden ist, auf legale Weise in die EU einzureisen, bzw. hier um Asyl anzusuchen oder einzuwandern. Das hat die sog. Schlepper auf den Plan gerufen, die mit immer kriminelleren Methoden versuchen, diese Menschen für viel Geld nach Europa zu schmuggeln. Beim Versuch, über das Mittelmeer Europa zu erreichen, sind seit dem Beginn dieses Jahrhunderts mehr als 30.000 Menschen ertrunken. Nach internationalem Seerecht sind alle Seefahrer verpflichtet, Schiffbrüchige, soweit das zumutbar ist, zu retten. Das gilt für Kapitäne von Militär- oder Polizeischiffen ebenso wie für jene von Handelsschiffen oder die Kapitänin der Seawatch 3, Carola Rackete. Da die Schiffbrüchigen ja nach Europa wollten, haben sich die Staaten ursprünglich

noch verpflichtet gefühlt, diese Menschen zu retten. Beispielsweise hat die italienische Marine mit der einjährigen Operation „Mare Nostrum“ ab Oktober 2013 mehr als 150.000 Menschen vor dem Ertrinken gerettet. Das stieß auf starken Widerstand anderer EU-Staaten, sodass diese Operation durch die EU-Operationen „Triton“ und „Sophia“ ersetzt wurden, die sich viel mehr auf die militärische Bekämpfung des Menschen- und Waffenschmuggels und die Ausbildung der libyschen Küstenwache als auf die Rettung der Schiffbrüchigen konzentrierten. Dadurch stieg die Zahl der Toten weiter an, was wiederum NGOs wie „Ärzte ohne Grenzen“ auf den Plan rief, die mit privaten Schiffen begannen, die Schiffbrüchigen vor dem Ertrinken zu retten. Je größer die Chance wurde, gerettet zu werden, desto brutaler wurden die Schlepper und ersetzten seetaugliche Schiffe durch überfüllte Schlauchboote.

Push-Faktoren

Das bedeutet allerdings nicht, dass die Rettung von Schiffbrüchigen, ob durch staatliche oder private Schiffe, eine Sogwirkung auf die Anzahl derer

hätte, die nach Europa kommen wollen, wie u.a. die österreichische Regierung behauptet. Wissenschaftliche Studien haben bisher ergeben, dass es eher die „Push-Faktoren“ (Kriege, Armut, Menschenrechtsverletzungen, unerträgliche Bedingungen in den libyschen Lagern etc.) als der „Pull-Faktor“ Seenotrettung sind, die Menschen dazu veranlassen, sich in diese Gefahr zu begeben. Die einzige vernünftige Lösung, um aus diesem Teufelskreis auszubrechen, wäre neben der Bekämpfung der Fluchtursachen (Stichwort „Marschallplan für Afrika“ und eine umfangreiche Friedenslösung für den Nahen Osten) die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Asyl- und Migrationsrechts, das es einer bestimmten Zahl von Menschen ermöglicht, legal nach Europa einzuwandern oder um Asyl anzusuchen.

ZUR PERSON

Manfred Nowak

Manfred Nowak ist Professor für Menschenrechte an der Universität Wien und Generalsekretär des Global Campus of Human Rights in Venedig.



**#FAIR
#LASSEN**

Für unabhängige
Asylrechtsberatung.
Gegen Isolation.

Stell dir vor...

deine Chefin

ist auch deine Betriebsrätin.

So unfair ist das neue Asylverfahren.

ICH HAB JA
NIX GEGEN
AUSLÄNDER,
ABER ...

FÜR EINE MENSCHEN-
WÜRDIGE GESELLSCHAFT
OHNE WENN UND ABER.

SOS Mitmensch setzt sich kompromisslos für Menschenwürde ein. Helfen Sie uns dabei – mit Ihrer Spende.
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590, BIC: BAWAATWW. Mehr Informationen unter www.sosmitmensch.at
SOS Mitmensch ist Trägerin des Spendengütesiegels und finanziert sich ausschließlich durch private Spenden.

